I : AUFSATZ

Elisabeth Rehn: Die Ausländergemeinde in Heide während des 2. Weltkrieges.

Diese Skizze des Ausländeralltags in Heide ist ein Zufallsprodukt. Ihr Ausgangspunkt war die Auseinandersetzung mit dem Lebenslauf eines Heider Schülers, der als 16jähriger in das Jugendschutzlager Moringen eingewiesen wurde, weil er sich "staatsschädigender Umtriebe in Gemeinschaft mit Ausländern" schuldig gemacht hatte. Der Junge, der 1943 in die Hände der Gestapo geriet, hatte sich mit Holländern angefreundet, die es nach der Besetzung ihrer Heimat durch die Deutschen nach Heide verschlagen hatte. Bald begannen Flugblätter zu kursieren und Aufrufe zum Arbeitsboykott und zur Rückkehr in die Heimat. Der Heider Junge erwies sich als nützlicher Kurier, bis er schließlich als Verfasser eines Flugblatts entlarvt und verhaftet wurde.

Auf der Suche nach den Zusammenhängen, die dieses Einzelschicksal prägten, lieferten die Akten nach und nach die Teile eines Puzzles für die lokale Variante eines Themas, das alle besetzten Länder Europas in Atem hielt: Die massenhafte Rekrutierung von Arbeitskräften für die deutsche Kriegswirtschaft. In Deutschland hingegen ist wohl keine andere Maßnahme des nationalsozialistischen Unrechtsregimes als der im Rahmen des Fremdarbeiter-Einsatzes praktizierte Rassismus von der Bevölkerung mit größerer Selbstverständlichkeit aufgenommen worden. Für diese These liefert die Heider Fallstudie überzeugende Argumente.

Wenigstens andeutungsweise seien im Folgenden einige Aspekte der Gesamtproblematik vorausgeschickt, die den Stellenwert des Ausländer-Einsatzes in der deutschen Kriegswirtschaft verdeutlichen. (nach: Herbert 1986)

1944 werden im gesamten Deutschen Reich über sieben Millionen ausländische Arbeiter gezählt. Etwa die Hälfte aller Arbeitskräfte im Landwirtschaftssektor und in der reinen Rüstungsindustrie sind Ausländer. Die deutsche Kriegswirtschaft ist ohne die Heranziehung von Arbeitskräften aus den besetzten Gebieten West- und Osteuropas nicht vorstellbar.

Mit der Proklamation des "totalen Krieges" im Jahr 1943 wird der gezielte Einsatz von Ausländern zum bedeutendsten Mittel der Vergrößerung des Arbeitskräftepotentials.

Die Bandbreite der Rekrutierungsmaßnahmen ist groß. Freiwillige aus wirtschaftlich schwachen Regionen Europas erwarten vom Arbeitseinsatz in Deutschland einen guten Verdienst und das Erlernen neuer Fertigkeiten. Andere wiederum kommen nicht freiwillig ins Reich. Der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz, Reichsstatthalter Sauckel, ist Herr über eine große Helferschar, die mit polizeilicher Unterstützung in den besetzten Ländern den Arbeitskräftebedarf der deutschen Industrie zu decken sucht.

Sauckel ist bald nach seinem Amtsantritt im Frühjahr 1942 durch

seine Razzien und Auskämmungsmanöver ein überall in Europa bekannter und gefürchteter Mann.

Die so gewonnenen "Zivilarbeiter" treffen in Deutschland auf Landsleute. Es sind Kriegsgefangene, die mit den ersten Blitzkriegerfolgen ins Land gekommen waren und zu Zwangsarbeiten herangezogen werden. An dieser Stelle darf der Hinweis nicht fehlen, daß Zwangsarbeit auch in den Konzentrationslagern geleistet wird. Hier sind hunderttausende von Häftlingen dem Prinzip "Vernichtung durch Arbeit" unterworfen.

Bald regelt eine Vielzahl von Gesetzen und Erlassen den Arbeitsalltag und das Leben der Ausländer in Deutschland. In der Verpflegung, der Unterbringung, den Arbeitsbedingungen und der Entlohnung widerspiegelt sich die Rassenideologie der Nationalsozialisten. Welten trennen die sowjetischen Kriegsgefangenen von den sogenannten "germanischen Arbeitern" aus Holland oder Dänemark, die kaum anders behandelt werden als deutsche Arbeitskräfte. Dazwischen ist - fein abgestuft, sogar was die Brotrationen betrifft - eine strenge Rangfolge zu verzeichnen: Da sind die Ostarbeiter aus der besetzten Ukraine, die kriegsgefangenen Polen und die Zivilpolen, oder da sind die Franzosen oder Belgier, ebenfalls unterschieden nach dem Kriegsgefangenen- oder Zivilistenstatus.

Nicht nur in der Behandlung der Nationalitäten zeichnen sich Unterschiede ab, auch im zeitlichen Verlauf des Krieges sind Veränderungen zu beobachten, bedingt durch die täglichen Erfahrungen am Arbeitsplatz. Da müssen Rationen erhöht werden, denn Akkordarbeiter, die am Verhungern sind, leisten nichts. Die Bewachung der Lager lockert sich, der Wehrmacht gehen die Bewacher aus. Immer wieder müssen Exempel statuiert werden, damit Ideologie und Praxis sich nicht zu weit voneinander entfernen. So häufen sich beispielsweise zu Beginn der vierziger Jahre die Exekutionen von Polen, die verbotenen Umgang mit deutschen Frauen gepflegt hatten.

Der Einsatz ausländischer Arbeitskräfte ist nicht auf industrielle Ballungsgebiete beschränkt. Im Gegenteil, die ersten Kriegsgefangenen werden in der Landwirtschaft eingesetzt. Die vergleichsweise hohen Löhne der Rüstungsindustrie hatten bereits vor Beginn des Krieges zu einer verstärkten Landflucht geführt. So waren die ersten Kriegsgefangenen ein willkommener Ersatz für die Landarbeiter, die in die Städte abgewandert waren.

Die Norderdithmarscher Kreisstadt Heide, wo man zu Beginn des Jahres 1939 rund 12 000 Einwohner zählt, liegt an der fast ausschließlich auf landwirtschaftliche Produktion ausgerichteten schleswig-holsteinischen Westküste. Monokulturell ausgerichtete Betriebe, Kohl- und Getreideanbau oder Großviehhaltung, dominieren in der Region. Der Bedarf an Saisonarbeitern ist während der Erntezeit groß. Die Lebensweise der Wanderarbeiter und freien Tagelöhner der Region ist stark von diesen Schwankungen auf dem Arbeitsmarkt geprägt (z.B.:Rehbein 1973, Nissen 1988).

In Heide wird das bäuerliche Umland verwaltet, so sind unter den rund 5000 Erwerbspersonen der Stadt eine ganze Reihe von Beamten und Angestellten im Bereich der Administration zu finden. Die

meisten Beschäftigten werden im Sektor "Handel und Verkehr" gezählt, gefolgt vom Sektor "Industrie und Handwerk." Die Klein- und Familienbetriebe sind in der Mehrzahl. Hier ruht die Last der Betriebsführung während der Kriegsjahre oft auf den Schultern der Ehefrauen.

Einer der großen Arbeitgeber in der Stadt ist die Maschinenfabrik Köster, die im Jahr 1861 gegründet wurde. Das Familienunternehmen, das heute 260 Mitarbeiter zählt, stellte jahrzehntelang landwirtschaftliche Maschinen und Windmotoren her, bis es während der Kriegsjahre zum Zulieferbetrieb der Rüstungsindustrie wurde. Laut Schwarz (1985, S.158) ist die Firma in der Kartei jener Firmen zu finden, die "rüstungs- und kriegswirtschaftlich als besonders wichtig angesehen wurden" und deren Bedarfsanmeldungen für Kriegsgefangene besonders berücksichtigt werden mußten. Die Maschinenfabrik Friedrich Köster zählt während des Krieges über 400 Beschäftigte.

Südlich von Heide gleich jenseits der Kreisgrenze liegt die Deutsche Erdölwerke AG bei Hemmingstedt, kurz DEA genannt. Die Verwaltung des Werkes ist während des Krieges in Heide am Markt 74, dem damaligen "Landschaftlichen Haus", untergebracht.

1940 ist in Hemmingstedt auf dem Feld "Heide" die Spitzenförderung von 231 347 Tonnen Erdöl zu verzeichen. Es ist damit das drittgrößte Erdölfeld Deutschlands (Graeser 1983, S.4). Die Hemmingstedter Werke sind angesichts des hohen Treibstoffbedarfs der Kriegsjahre ganz besonders wichtig und erfahren jede erdenkliche Förderung bei den Erschließungsarbeiten.

Nach Angaben eines Pressesprechers beschäftigte das damalige Werk rund 2000 Mitarbeiter. Personalakten sind nach seiner Auskunft nicht erhalten, so sind genauere Angaben über die Zusammensetzung der Belegschaft während der Kriegsjahre nicht möglich. Die Heider Meldeunterlagen von DEA-Beschäftigten, die in der Stadt lebten, lassen die Vermutung zu, daß die Erdölwerke eine vom Zugriff der örtlichen Behörden abgekoppelte Personalpolitik betrieben haben müssen. Mißbräuche wie Leiharbeit sind nicht auszuschließen.

Es sind eine ganze Reihe von Massenunterkünften des Werks im Landkreis zu verzeichnen, so unter anderem bei Schafstedt, wo der kostbare Rohstoff auf Tankschiffe verfrachtet wurde. Für dieses Außenlager, in dem auch Holländer und Dänen untergebracht waren, gibt es keine schriftliche Belege. In den letzten Kriegsjahren wird das Werk in Hemmingstedt immer häufiger von alliierten Bombern angeflogen und bombardiert (z.B. Craven und Cate 1951, S. 282, 301, 302). Die Bemühungen um eine strikte Geheimhaltung der Aktivitäten des Werks wecken das Interesse der Bevölkerung. Im Volksmund taucht das Gerücht von einem Spion, der dem Feind Details über die DEA verrät, immer wieder auf.

Polnische Kriegsgefangene machen den Anfang im Reigen der Ausländer, die während der Kriegsjahre überall in Norderdithmarschen zu finden sind. Für die immer um Saisonarbeiter verlegenen Landwirte zeigen sich bald ganz augenfällig die Erfolge des "Blitzkrieges" in Polen. Wenige Wochen nach Kriegsbeginn meldet am 23. Oktober 39 das Arbeitsamt (zum Stichwort "Ausländer": SHLA, 309/69b, 104

und 118):

"Der Arbeitsamtsbezirk Heide hat als erster in Schleswig-Holstein Kräfte für die Bergung der Kohlernte erhalten. Zur Verfügung stehen dem X. Armeekorps 3000 polnische Kriegsgefangene, davon sind 1800 landwirtschaftlich geeignet."

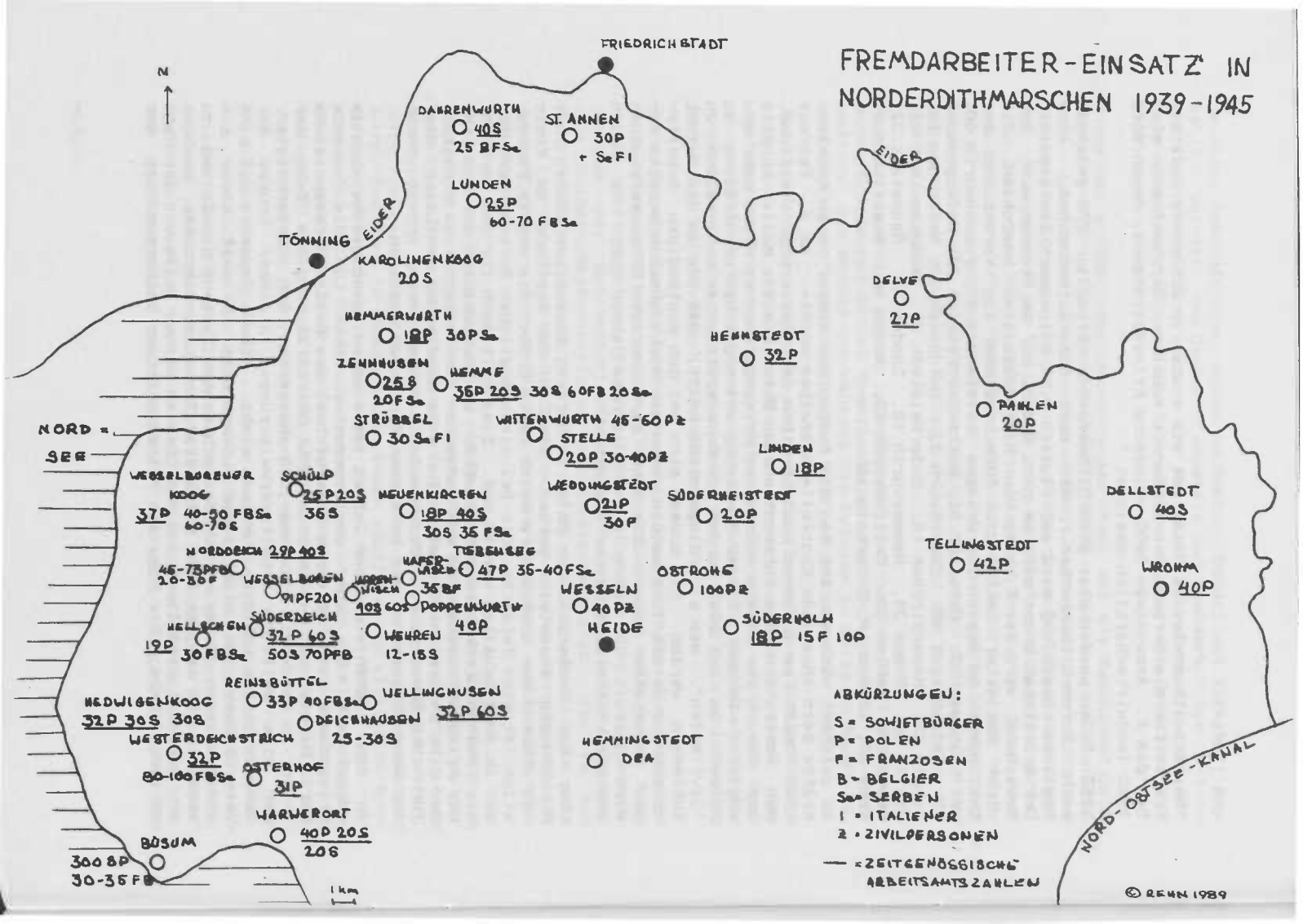
1250 Polen werden über ganz Dithmarschen verteilt, 770 gelangen nach Norderdithmarschen, 480 nach Süderdithmarschen. Ihre tägliche Bezahlung wird auf täglich 0,54 Reichsmark festgesetzt. Der Arbeitstag dehnt sich je nach Bedarf auf 16 Stunden aus. Zur Bewachung wird der Einsatz von Hilfspolizisten empfohlen. Ein nicht datierter Zettel gibt Aufschluß über die Verteilung der Kontingente zu Beginn des Krieges: Tiebensee 47, Poppenwurth 40, Wellinghusen 32, Osterhof 31, Westerdeichstrich 32, Hedwigenkoog 32, Reinsbüttel 33, Süderdeich 32, Norddeich 29, Hellschen 19, Schülp 25, Neuenkirchen 18, Süderheistedt 20, Weddingstedt 21, Stelle 20, Hemme 35, Hemmerwurth 18, Lunden 25, Hennstedt 32, Delve 27, Pahlen 20, Tellingstedt 42, Wrohm 40, Wesselburener Koog 37, Linden 18, Süderholm 18.

Es zeichnet sich ab, daß man die Ausbeutung dieser neuen Arbeitskräfte gern ohne jede Kontrolle betreiben möchte: Am 2. Februar 1940 heißt es in einem Rundschreiben des Regierungspräsidiums, den Vertretern des Internationalen Roten Kreuzes solle künftig der Besuch von Lagern polnischer Kriegsgefangener nicht mehr ermöglicht werden. Dieser Anweisung sei möglichst unauffällig zu folgen. Im Mai 1940 werden die Kriegsgefangenen schließlich zu "Zivilpolen", was allerdings nicht heißt, daß sie in die Heimat entlassen werden. Sie müssen sich bei den zuständigen Arbeitsämtern zur Vermittlung melden, wenn sie nicht ohnehin bereits einen Arbeitgeber haben. Die Schar der einstigen Kriegsgefangenen wird überall im Reich in den folgenden Jahren durch in Polen zwangsrekrutierte Arbeiter ergänzt.

Über die Gesamtzahl der Polen in Norderdithmarschen können nur Mutmaßungen angestellt werden. Die Zahl der Ausländer im Kreis ist während der Kriegsjahre keine feste Größe. Die starke Fluktuation ist eine Tatsache, die bei diesbezüglichen Berechnungen immer im Auge behalten werden muß. Dies gilt auch für den Versuch, die Massenunterkünfte aufzulisten, um Rückschlüsse auf die Zahl der Kriegsgefangenen und ausländischen Zivilarbeiter zu erhalten. Es gibt zahlreiche Beispiele für eine Umbelegung der Lager oder für ihre Erweiterung. Darum wird im Rahmen dieser Arbeit nicht der Versuch gemacht, die bekannten Zahlen zu addieren.

In den frühen vierziger Jahren ist eine zeitgenössische Quelle angesiedelt, die aber möglicherweise nicht für die gesamte Kriegsdauer gilt. In einem Briefwechsel des Heider Bürgermeisters Karl Herwig mit dem Landrat (SHLA 301/6213) wird die Zahl der Polen im Landkreis mit rund 1000 angegeben. Der Bürgermeister, der eine Welle der Arbeitsverweigerungen in dieser Gruppe der Zwangsarbeiter auf sich zukommen sieht, drängt deswegen auf eine Vergrößerung des städtischen Gefängnisses. Er weiß sogar ein anschauliches Beispiel für den schlechten Zustand der Zellen zu erzählen. So sei der Pole Mieczystaw Tworek ausgebrochen, nachdem er zunächst randaliert und den Ofen in seiner Zelle von der Wand gerissen habe. Die Frau des Polizeimeisters Godbersen habe dem

FREMDARBEITER-EINSATZ IN NORDERDITHMARSCHEN 1939-1945



Geschehen tatenlos zusehen müssen.

Die Mehrzahl der Polen im Landkreis ist in der Landwirtschaft tätig. Dies gilt auch für die übrigen Fremdarbeiter: Sowjetische Kriegsgefangene, Franzosen, Belgier, Italiener und Serben. Wie die Karte des Landkreises zeigt, massieren sich die Lager vor allem in den Marschregionen, wo monokulturelle Großbetriebe vorherrschen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß für die Erstellung der Karte nur zwei Quellen benutzt wurden. Zum einen ist das die bereits zitierte zeitgenössische Aufstellung des Arbeitsamtes über die ersten Kriegsgefangenen-Kontingente. Zum andern wurden die Ergebnisse einer belgischen Enquete-Kommission benutzt, die im Jahre 1951 den Spuren ehemaliger Fremdarbeiterlager nachging (Justizministerium Brüssel, "Mod.96").

Auch in Heide selbst gibt es einige Massenunterkünfte für Polen, die allenthalben für Arbeiten eingesetzt werden, die wenige Qualifikationen erfordern. In zwei Lokomotivschuppen der einstigen Kleinbahn sind 83 Polen und Ukrainer untergebracht. In den "Mod. 96" Unterlagen werden sie als Zivilisten bezeichnet. Diesen Status haben auch zirka 70 bis 80 Polen und Sowjetbürger, die in vier Holzbaracken in der Harmoniestraße gezählt werden. Weitere 40 bis 50 sind in einer Baracke auf dem Kleinbahnareal untergebracht, auch hierfür gibt es schriftliche Belege. Nicht schriftlich belegt ist ein Barackenkomplex in der Apenrader Straße, dem einstigen Fäkalienrieselfeld, hier waren nach Angaben von Zeitzeugen ebenfalls Polen untergebracht. Dies gilt auch für die Adresse der einstigen Küche des Roten Kreuzes in der Waldschlößchenstraße, wo eine Polenunterkunft existiert haben soll. Weibliche Zivilarbeiter aus Polen müssen nach Angaben der Belgier zusammen mit Russinnen und Französinnen in drei steinernen Nebengebäuden des Vergnügungsetablissements "Tivoli" gelebt haben. Die Belegzahlen variieren. 1942 sind es 36 Frauen, 1943 48, 1944 38 und 1945 sind es 67. Sie arbeiten für eine Heider Zweigniederlassung der Firma Stegmann oder sind als Dienstmädchen beschäftigt. Später wird noch gezeigt, daß es im Tivoli auch männliche Untermieter gegeben haben muß. Rund 100 Polinnen, zum Teil mit ihren Familien, sind auf dem Areal der Ostroher Firma Teckentrop, wo man Gemüse konserviert, untergebracht. Von einer weiblichen Belegung ist auch die Rede, wenn Zeitzeugen auf eine doppelstöckige Baracke am Vehrsplatz hinweisen. In den Unterlagen aus Brüssel wird dieses Lager nicht genannt.

Bald muß man sich um eine geeignete Infrastruktur für die vielköpfige Ausländerschar kümmern. Bürgermeister Herwig erwähnt stolz, daß das Schwimmbad einmal die Woche für "Fremdvölkische" zur Verfügung steht. Das Krankenhaus erhält eine ausschließlich für die Unterbringung von Ausländern bestimmte Baracke. Diese Einrichtung zeugt nicht von der besonderen Menschenfreundlichkeit des Bürgermeisters. Im Verlauf des Jahres 1942 mehren sich in den geheimen Lageberichten des Sicherheitsdienstes reichsweit die Hinweise darauf, daß sich die Bevölkerung gegen eine gemeinsame Krankenhausunterbringung mit polnischen und anderen ausländischen Zwangsarbeitern sträubt. Immer häufiger wird die Errichtung von Krankenbaracken für Ausländer in Erwägung gezogen (z.B. Boberach, 1984, S. 3213). Hinzukommt, daß in Heide im Sommer 1942 schließlich sieben eindeutige Fälle von Flecktyphus unter den sowjetischen Gefangenen auftreten und zwanzig Fälle, bei denen der

Verdacht auf Flecktyphus besteht (Boberach 1984, S.3846). Auch dies wieder ein Hinweis auf dringend notwendige Hygienemaßnahmen unter den in Massenunterkünften besonders Gefährdeten.

Konkrete Hinweise auf die tatsächlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen der polnischen Arbeiter, die in der öffentlichkeit mit einem "P" auf der Kleidung gekennzeichnet sein müssen, gibt es für Norderdithmarschen kaum. In den Nachkriegsermittlungen nach möglichen NS-Verbrechen gegen diese Bevölkerungsgruppe kommt es zu Zeugenaussagen wie der folgenden (BA Z42 IV 4358):

"Die Kriegsgefangenen und Fremdarbeiter sind hier allgemein gut behandelt worden. In Einzelfällen sind aber auch Misshandlungen, insbes. an Ostarbeitern-Ostarbeiterinnen und Polen vorgekommen. Dieses ist auch der Fall bei dem Vorarbeiter K. H. gewesen.

Über die Ursachen kann ich mir kein Urteil erlauben. Die Behandlung der Kriegsgefangenen und Fremdarbeiter richtete sich im allgemeinen ganz nach der Einstellung des jeweiligen Lagerführers bzw. Arbeitgebers. Es war bekannt, dass der größte Teil der Fremdarbeiter unfreiwillig nach Deutschland gekommen war."

Wenn hier und anderswo von einer allgemein guten Behandlung die Rede ist, so ist das relativ. In der nationalsozialistischen Weltsicht ist den Polen ein Schicksal als Arbeitsvolk zugedacht, dem nur ein Minimum an Bildung und staatlicher Fürsorge zugestanden wird. Der Süderheistedter Ortspolizist, von dem man erzählt, daß er gerade genesenen Polen beim Abholen aus dem Heider Krankenhaus einen Kälberstrick um den Hals band und sie die sechs Kilometer weite Strecke hinter seinem Fahrrad hertraben ließ, ist sicher kein Einzelfall.

42 Einzelgräber in einem Winkel des Heider Südfriedhofs lassen schlimme Rückschlüsse auf die Lebensbedingungen der Polen in Heide zu. Ein Grab stammt aus dem Jahr 1941. Sechs der hier Begrabenen starben im Jahr 1942, 18 starben 1943, 13 Tote gibt es 1944, und vier sind noch im Jahr 1945 gestorben. Einige Grabsteininschriften weisen auf den Tod kleiner Kinder hin, die zum Teil nicht einmal ein Jahr alt wurden. Die Mehrzahl der auf dem Südfriedhof Begrabenen starb im Alter zwischen 20 und 40 Jahren. Kein einziges Todesdatum zeugt von einem altersbedingten Sterben, sondern von frühzeitigem Verschleiß durch Hunger und Krankheit, von Brutalität und ärztlicher Nachlässigkeit. Hier die Liste der Todesursachen, die beim Heider Standesamt über die polnischen Toten auf dem Heider Südfriedhof erstellt wurde: Fünffacher Beckenbruch mit Blasenzerreißung; Lungenentzündung (vier Mal); Bauchfellentzündung; Sepsis (zwei Mal); Selbstmord durch Messerstiche in den Bauch; Bombenverletzung: Rückenmarksdurchteilung, Lähmung beider Beine; Virenentzündung (zwei Mal); Oberschenkelbruch; Magengeschwür (zwei Mal); Herzfehler, Herzklappenfehler (fünf Mal); Lungentuberkulose; Mittelohrentzündung und Ernährungsstörung; toxischer Darmkatarrh; fieberhafter Darmkatarrh; Verkehrsunfall; Masern; Durchschneiden der Kehle (Mord); Schädelbasisbruch; Oberschenkelsarkom; Blinddarmabszeß; Blutungen in der Bauchhöhle; Bombenverletzung: schwere Zerreißung der Eingeweide, Verblutung; Bombenverletzung: Oberschenkelamputation, Lungenentzündung.

Sowjetische Kriegsgefangene bei ihrer Ankunft in Heide (Bild oben). Französische und belgische Insassen des Kriegsgefangenenlagers "Alte Gasanstalt" in der Norderstraße (Bild unten).

Nachdruck mit Genehmigung des Stadtarchivs Heide.

Ein polnischer Toter ist in Heide zu verzeichnen, über den man sich nachdrücklich ausschweigt. Nicht einmal das Todesjahr ist gesichert im Fall der Erhängung eines polnischen Zivilarbeiters im Hemmingstedter Ortsteil Norderwurth, bei der Heides Bürgermeister als lokaler Chef des Sicherheitsdienstes eine Rolle gespielt haben muß, auch wenn laut Auskunft der zentralen Ermittlungsstelle in Ludwigsburg die Gestapostelle in Kiel nach Absicherung durch das Reichssicherheitshauptamt für die Exekution letztendlich verantwortlich war.

Den Ludwigsburger Ermittlern sind etwa 1000 solcher Fälle der "Sonderbehandlung" von Polen bekannt, die in der Regel verhängt wurde bei einem Verstoß gegen die Lebensführungsregeln für Fremdarbeiter, unter anderem für den verbotenen Umgang mit deutschen Frauen. Von einem Heider Fall wissen die Ludwigsburger nichts. In der unmittelbaren Nachkriegszeit sind die Ermittler auf eine verschworene Dorfgemeinschaft gestoßen, die sich bis hin zum Gemeindevorstand nicht äußern wollte. Relativ unbeteiligte Zeugen, die in dieser Angelegenheit befragt wurden, datieren die Exekution in das Jahr 1944. Eine Absprache unter diesen Zeugen ist nicht ausgeschlossen. Glaubwürdige Zeitzeugen sprechen vom Jahr 1941 oder 1942 oder siedeln das Ereignis "mitten im Krieg" an.

Diese Exekutionen in Wildwestmanier häufen sich im ganzen Reich ab dem Herbst 1940. Polnische Landsleute und deutsche Dorfbewohner sind die zumeist unfreiwilligen Zuschauer. Mit Nachdruck soll so demonstriert werden, daß ein naher Kontakt zu den Polen nicht erlaubt ist, auch wenn eine Distanz bei der gemeinsamen Arbeit im bäuerlichen Betrieb kaum aufrecht zu erhalten ist. Erstmals finden so nationalsozialistische Terrormaßnahmen in aller öffentlichkeit statt - mit Szenen, die sich zuvor nur hinter den Zäunen der Konzentrationslager abgespielt hatten (Herbert 1986, S. 127 ff.).

Die Verfasserin konnte 1989 den Mann ausfindig machen, auf dessen Hof sich die Liebesbeziehung zwischen einer deutschen Jugendlichen und einem jungen Polen anbahnte, und der schließlich diese unerlaubte Beziehung auf dem Amt in Hemmingstedt anzeigte. Der heute fast Neunzigjährige gibt sich wortkarg. Auch er kann sich nicht erinnern, in welches Jahr die Exekution fiel. Nein, der Hinrichtung selbst habe er nicht beigewohnt, obwohl sie nur ein paar hundert Meter vom Hof entfernt an der Hauptstraße der kleinen Siedlung stattgefunden habe. Er habe lediglich beobachten können, daß eine Reihe von Amtspersonen mit ihren Autos vorbeifuhren, wer sonst habe damals noch mit dem Kraftfahrzeug herumfahren dürfen? Das Mädchen, von dem man erzählt, ihr seien die Haare geschoren worden und sie sei anschließend in ein Arbeitserziehungslager eingewiesen worden, habe er seit der Verhaftung nie wiedergesehen. Nach dem Krieg sei die Frau für kurze Zeit in Büsum gewesen, das hätten Erkundigungen ergeben. Mehr weiß der alte Mann, der nach fast einem halben Jahrhundert sein Schweigen erstmals bricht, nicht zu erzählen: Wegsehen und Vergessen als typische Art der Vergangenheitsbewältigung.

Nachdem Hitler und Stalin sich in bezug auf Polen noch einig gewesen waren, erfolgte schließlich im Juni 1941 der Überfall auf die UdSSR. Millionen von Kriegsgefangenen fallen den Deutschen in die Hände. Ihre Ernährung in den Lagern ist völlig unzureichend.

Es kommt zum Massensterben. Von 3,9 Millionen Gefangenen bleiben schließlich 1,1 Millionen übrig, wie es in einem Resüme der ersten Monate nach dem Angriff auf die Sowjetunion heißt. Die Gefangenen, die ins Reich geschickt werden, sind die wenigen Überlebenden einer Behandlung, für die es kaum Parallelen gibt. Sogar ein spezielles "Russenbrot" wird kreiert, mit Ersatzstoffen wie Zuckerrüben und Strohmehl oder Laub (Herbert 1986, S. 147-152).

Den Gefangenen aus der Sowjetunion begegnet man mit Mißtrauen, war doch in der NS-Propaganda jahrelang der Bolschewismus als einer der Hauptfeinde dargestellt worden. Die "Russen" dürfen nur in streng bewachten Kolonnen auftreten. Zum Einzeleinsatz darf es nicht kommen. Erst im Laufe der Jahre werden diese Bestimmungen gelockert, als sich die Ostarbeiter, die zivilen Nachfolger der Gefangenen, als überaus leistungsbereite und leistungsfähige Arbeitskräfte erweisen. Wieder zeugen in den Schleswiger Akten Anordnungen des Regierungspräsidiums davon, daß die sowjetischen Kriegsgefangenen in der Rangordnung der "Fremdvölkischen" ganz unten rangieren. Einmal geht es um Überlegungen, wie man diese Gefangenen, die jede Gelegenheit nutzen um auszubrechen, mit einer Kennzeichnung versehen kann. Schließlich einigt man sich darauf, die Gefangenen mit einem umgekehrten V links neben der Afterspalte zu versehen. Man werde abwarten, wie haltbar diese mit Skalpell und Tusche vorgenommene Kennzeichnung sei. Diese Kennzeichnungspläne müssen bald wieder aufgegeben werden. Es habe Proteste gegen diesen Verstoß gegen das Völkerrecht gegeben. Außerdem sei die Verwendung der Gekennzeichneten für Abwehrzwecke unmöglich, heißt es in der vorläufigen Aussetzung des Befehls (BA RW5/314 Bl.8). Wieder anderswo ordnet der Regierungspräsident an, daß in Anbetracht der Materialknappheit für tote Sowjetbürger kein Sarg zu fordern sei. Ein stabiler Papiersack erfülle denselben Zweck. Beerdigt werden könne auf dem Friedhof, aber auch an anderen geeigneten Orten.

Auch in Norderdithmarschen lernt man jetzt die Sowjetmenschen kennen, von denen die Propaganda seit Jahren ein abschreckendes Bild gezeichnet hatte. Wieder zeugt ein Verteilungsplan des Arbeitsamtes Heide mit dem Datum 6. November 1941 vom Interesse der Norderdithmarscher Bauern an diesen Hilfskräften: Warwerort 40, Hedwigenkoog 30, Norddeich 40, Jarrenwisch 40, Dahrenwurth 40, Zennhusen 25, Hemme 20, Neuenkirchen 40, Süderdeich 60, Dellstedt 40, Schülp 20, Wellinghusen 60, Wennemannswisch 45.

Sowjetische Kriegsgefangene kommen nach Heide. Offiziellerseits muß man dieser Gruppe einiges Interesse entgegengebracht haben. Es gibt einen städtischen Antrag an den zuständigen Wehrbereichskommandanten, die Russen während ihrer Arbeitseinsätze zu photographieren. Einige Fotos sind heute im Stadtarchiv zu finden. Sie zeigen die Gefangenen bei ihrer Ankunft auf dem Heider Bahnhof und bei Grabungsarbeiten im Moor, jenseits der Bahnlinie im Süden der Stadt. Hier ist heute an einer ungepflasterten Seitenstraße des Westermoorweges noch ein Massengrab zu finden, in dem zwischen 80 und 100 tote Sowjetbürger begraben wurden. Ein Zeitzeuge, der in der Nähe der Rennbahn aufwuchs, wo ein mit Polen und Russen belegtes Durchgangslager rund 180 Insassen zählte, erinnert sich, daß die Toten regelmäßig in einer Karre vom Norden der Stadt zu dieser Begräbnisstätte transportiert wurden. Die Leichen waren nackt oder nur noch mit einem Hemd bekleidet, denn ihre le-

benden Kameraden hätten in jenem kalten Winter jedes Kleidungsstück bitter nötig gehabt. Als einziger konkreter Hinweis auf die tatsächlichen Lebensbedingungen auf der Rennbahn noch ein Erinnerungsfragment des damals Halbwüchsigen, der zu erzählen weiß, daß es bei den Nachbarn einmal Kohlsuppe gab mit den entsprechenden Auswirkungen auf den Verdauungstrakt der ausgehungerten Menschen. Lange Jahre habe er deshalb eine große Abneigung gegen Kohlgerichte gehabt, so der Zeitzeuge.

In den Unterlagen der belgischen Kommission ist die Beschreibung dieses Durchgangslagers ganz unverfänglich. Hier ist die Rede von polnischen und russischen Zivilisten, die kaum bewacht waren. In der Lagerliste von Schwarz (1985, S.176) taucht die Rennbahn unter der Adresse Ernst-Mohr-Straße 33 auf, was nicht ohne Pikanterie ist. Dies ist nicht die Adresse der Rennbahn, sondern die des Heider Arbeitsamtes.

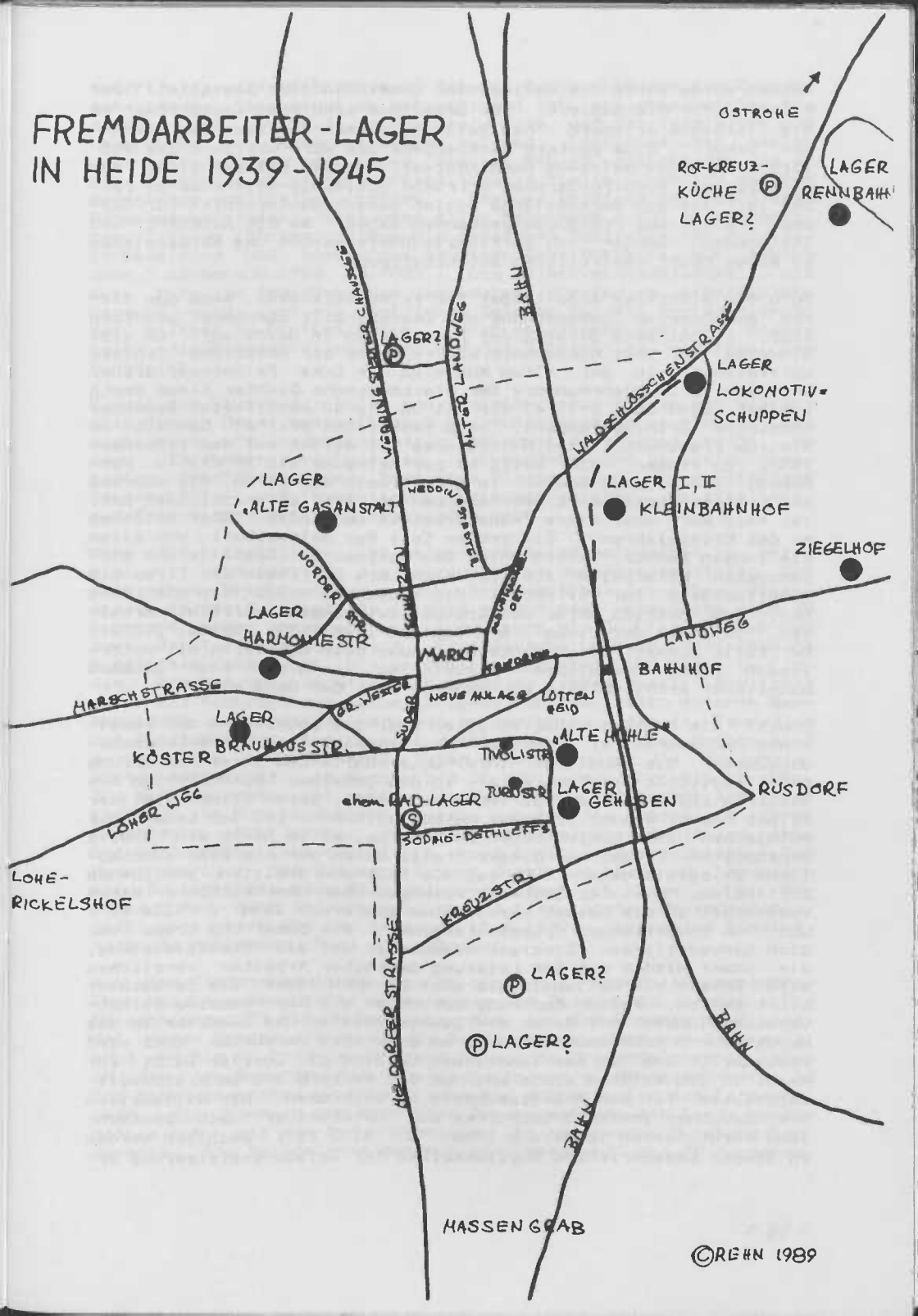
Sowjetische Kriegsgefangene sind auch andernorts in Heide zu finden. Wie bereits erwähnt, sind im ehemaligen Kohlenlager der Kleinbahn "Russen" untergebracht. Nach Angaben alter Heider ist eine weitere Gruppe in der Meldorfer Straße im Barackenkomplex, der lange Zeit den Reichsarbeitsdienst beherbergte, zu finden. Eine weitere Massenunterkunft für Russen und Polen soll sich an der heutigen Einmündung der Vereinsstraße in die Theodor-Storm-Straße befunden haben.

Zwei Erinnerungsstätten erlauben heute Rückschlüsse auf die Lebensbedingungen der sowjetischen Kriegsgefangenen und Zivilisten in Heide. Auf dem Südfriedhof erinnert inmitten der Polengräber ein Stein mit kyrillischer Inschrift an 18 dort begrabene Sowjetbürger. Auch das Massengrab am Westermoorweg ziert ein solcher Stein, dessen russische Inschrift auf "80 bis 100 Sowjetbürger" hinweist, "die in den Jahren 1941 bis 1945 in faschistischer Gefangenschaft umgekommen sind". Aus einigen Formulierungen der Inschrift schließen Kenner, daa ein Pole an der Aufstellung dieser Gedenktafeln, die übrigens als einzige in Heide ausdrücklich an Opfer des Faschismus erinnern, beteiligt gewesen sein muß. Bislang war es der Verfasserin unmöglich, Näheres über diesen Mann in Erfahrung zu bringen. Eine Anfrage beim Kreisverband Dithmarschen des Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge ergab, daß man dort keinerlei Informationen über die beiden Kriegsgräberstätten in Heide hat.

Eine Akte mit dem Stichwort "Kriegsgräber" im Heider Stadtarchiv liefert folgende Details: Jahrelang überlegen die Heider Bürgervertreter, wie die Gräber der Kriegsopfer auf dem Südfriedhof würdig zu gestalten sind. So findet sich in der Akte unter anderem der Kostenvoranschlag eines Heider Steinmetz über einen Betrag von 4.608,80 Mark für die nachträgliche Sorge um die Opfer des NS-Systems. Der Steinmetz ist in Heide nicht unbekannt. Während der Stadtverordnetenwahlen im März 1933 ist sein Name in der Kandidatenliste der "Hitler-Bewegung" zu finden.

In dieser Akte ist auch eine von der Stadt Heide am 19. Dezember 1953 erstellte Kriegsgräberliste zu finden, mit einem der wenigen Hinweise auf das Massengrab am Westermoorweg. Hier heißt es erläuternd: "Es handelt sich um Russen, die während durchgehender Transporte verstorben sind und dort beerdigt wurden. Ein Teil der

FREMDARBEITER-LAGER IN HEIDE 1939-1945



Russen wurde durch die umliegenden Gemeinden dort bestattet." Das klingt sehr distanziert. Der Leser muß sich erst angestrengt an die Tatsache erinnern, daß Heide zu diesen "umliegenden Gemeinden" gehört. Eine weitere Nachbargemeinde wäre übrigens das südlich von Heide gelegene Hemmingstedt, wo die DEA als einer der wichtigsten erdölfördernden Betriebe Schleswig-Holsteins zu finden ist. Auf dem Werksgelände sollen Barackenunterkünfte für Russen, Polen und Franzosen gestanden haben, so die Auskunft von Zeitzeugen. Rohöl- und Raffineriedünste machen das Werksgelände zu einem recht unwirtlichen Aufenthaltsort.

Noch ein wichtiger Arbeitgeber für Kriegsgefangene, wenn man diesen Ausdruck im Zusammenhang mit Zwangsarbeit überhaupt benutzen darf, taucht beim Sichten der Lagerlisten in Heide auf. Es gibt Hinweise auf zwei Massenunterkünfte, die der Holzfirma Gehlsen unterstehen. In der alten Mühle an der Ecke Feldstraße/Grüner Weg, die im 19. Jahrhundert der plattdeutsche Dichter Klaus Groth besingt, sind zwei Drittel der mit 30 bis 40 bezifferten Bewohner russische Kriegsgefangene, beim restlichen Drittel handelt es sich um Franzosen. Eine Holzbaracke ist direkt auf dem Firmengelände zu finden. Hier heißt es zur Belegung mit 30 bis 40 Personen: 100 Prozent Russen. In der Chronik der Firma, die während des Krieges übrigens "große Barackenaufträge" zu verzeichnen hat, ist kein Wort über diese Zwangsarbeiter zu finden. Hier heißt es zu den Kriegsjahren: "Ein großer Teil der Belegschaft, vor allem die jungen Männer, stand unter den Waffen. ... Anstelle der eingezogenen Mitarbeiter stellten sich ihre Ehefrauen der Firma als Arbeitskräfte zur Verfügung. Sie trugen so wesentlich mit dazu bei, den Betrieb unter den Kriegseinwirkungen aufrechtzuerhalten." (Chronik der Firma J & H Gehlsen 1798-1973, Heide, S. 79). Es fällt schwer, sich deutsche Frauen beim Hantieren mit meterlangen rohen Baumstämmen vorzustellen, wenn ein paar Dutzend männlicher Arbeitskräfte so "günstig" bei der Hand sind.

Soweit die bruchstückhaften Daten über die polnischen und russischen Zwangsarbeiter in Heide. Über ihren Alltag, ihre Lebensbedingungen, die Qualität ihrer Unterkünfte und ihrer Ernährung fehlt jegliches Archivmaterial. In den geheimen Lageberichten des Sicherheitsdienstes der SS (Boberach 1984), deren Stimmungsbilder selbst immer wieder Stimmung machen sollen, ist das Leben der polnischen und sowjetischen Zwangsarbeiter im Reich ein häufig behandeltes Thema. An dieser Stelle seien nur ein paar anschauliche Beispiele genannt. Da ist die Rede von dreisten, gerissenen Zivilpolen, die für deutsche Volksgenossen unerreichbare Waren massenhaft in die Heimat verschieben (Boberach 1984, S. 5224 ff.) und von sowjetischen Kriegsgefangenen, die dumpf und träge vor sich hinvegetieren. Einziger Gradmesser ist die Arbeitsleistung, die immer wieder mit der Leistung deutscher Arbeiter verglichen wird. Motive wie Nationalstolz oder Heimweh lassen die Beobachter nicht gelten. Voller Empörung berichten sie über massive Selbstverstümmelungen, mit denen die Zwangsarbeiter die Rückkehr in die Heimat durch Arbeitsunfähigkeit zu erzwingen versuchen. Kühl wird resümiert, daß in der ländlichen Ukraine die Dörfler Nacht für Nacht in den Wäldern schlafen, um den Werbern des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz zu entkommen, die willkürlich die Bewohner ganzer Ortschaften als "Ostarbeiter" nach Deutschland verschleppen (Boberach 1984, S. 5153 ff.). Sachlich werden in diesen Lageberichten Möglichkeiten der Leistungssteigerung er-

örtert, die darauf hinweisen, daß die Ernährungslage der Zwangsarbeiter durchaus nicht so befriedigend ist, wie immer wieder angeführt wird. Da heißt es beispielsweise, daß Betriebsleiter und Lagerköche eng zusammenarbeiten sollten. Leistungsnoten müßten über Essensentzug oder einen "zweiten Schlag" entscheiden und so die Ausländer an "ihrer empfindlichsten Stelle, nämlich an der Magenfrage unmittelbar treffen". Lapidar heißt es am Ende dieses Maßnahmenkataloges: "Erst wenn diese Maßnahmen nicht zu gewünschten Erfolge führten, kämen die bekannten Möglichkeiten zur Zurechtweisung und Bestrafung säumiger Arbeitskräfte zur Anwendung." (Boberach 1984, S.5045). Die Selbstverständlichkeit, mit der hier die Anwendung von "bekannten" Strafen am Arbeitsplatz genannt wird, ist ein deutliches Zeichen für die Brutalisierung des Alltags im Dritten Reich, deren selbstverständliche Konsequenz die Konzentrationslager und die Vernichtung "unwerten Lebens" ist.

Soweit die Gruppe der Polen und Sowjetbürger, die in der Hierarchie der in Heide beschäftigten Ausländer ganz unten stehen, was sich sogar in den gestaffelten Lebensmittelrationen zeigt, wo nach "Angehörigen verbündeter, befreundeter und neutraler Staaten", "Angehörigen der besetzten Staaten und Kriegsgefangene dieser Länder" und "Sowjetischen Kriegsgefangenen, Ostarbeitern, und Polen" sorgfältig unterschieden wird.

Über die französischen und belgischen Kriegsgefangenen in Heide gibt es kaum mehr als die dürren Zahlen und Adressenlisten der belgischen Untersuchungsgruppe. Auf dem Areal der alten Gasanstalt in der Norderstraße 60 sind nach diesen Unterlagen rund 40 Kriegsgefangene untergebracht, von denen ein Drittel Belgier und zwei Drittel Franzosen sind. Eine Baracke und ein Steingebäude dienen als Unterkunft. Stacheldraht und Posten sind nicht zu finden. Ein bis zwei nächtliche Kontrollen finden statt. Ähnliches weiß die Kontrollkommission übrigens von fast allen anderen Massenlagern in Norderdithmarschen zu berichten, die in Tanzsälen und Stallgebäuden eingerichtet worden waren. Strenge Wachen sind selten. Die Lagerinsassen haben meistens sogar die Erlaubnis, abends auszugehen, im Sommer bis 22 Uhr, im Winter bis 21 Uhr. Von Mißhandlungen ist selten die Rede, die belgischen Ermittler richten ihr Hauptaugenmerk sowieso nur auf die Behandlung ihrer Landsleute. Nur einmal beweisen die belgischen Ermittler ironische Zurückhaltung angesichts ihrer Ermittlungsergebnisse. Zum Massenquartier des Büsumers August Siegfried heißt es bezüglich der Routinefrage nach Mißhandlungen "angeblich keine". Der Büsumer, der sich 1933 öffentlich als "fanatischer Nationalsozialist" bezeichnet (Heider Anzeiger 15.6.1933), hat seine Einstellung nie verborgen. Dies nur nebenher.

Auf dem Kleinbahngelände sind in einer als "Lager II" bezeichneten Holzbaracke ebenfalls Franzosen und Belgier zu finden. Die Belegstärke: 70 bis 80 Personen. Hier ist der Hinweis zu finden, daß diese Gruppe später in die Norderstraße umgezogen sein soll. Rund 70 bis 80 französische und belgische Kriegsgefangene leben in den vier Baracken des Gemeinschaftslagers Friedrichswerk in der Harmoniestraße. Die Lagerinsassen arbeiten für die Firma Köster, die auch in der einstigen Brauhausstraße ein Lager unterhalten hat, wie aus den Ergebnissen der belgischen Erhebung hervorgeht. Die Belegstärke beträgt gleichfalls 70 bis 80 Personen.

Von diesem Lager wird noch einmal die Rede sein, denn hier wie auch in der Gastwirtschaft Butenschön, treten ebenfalls Zivilarbeiter als Mieter auf.

Im Vergleich zu den Osteuropäern sind die Kriegsgefangenen aus Frankreich oder Belgien priviligiert. Über das Rote Kreuz können sie Pakete aus der Heimat empfangen und verfügen so über die begehrte Währung des Schleichhandels: Zigaretten und Schokolade. Trotzdem gelten für sie diskriminierende Vorschriften. Ihre Bezahlung liegt weit unter dem Lohn deutscher Arbeitskräfte. Treten sie in Kolonnen auf, so dürfen sie den Gehweg nicht benutzen. Soweit die wenigen Details, von denen Zeitzeugen heute noch erzählen können, obwohl die massenhafte Präsenz von Fremdarbeitern in Heide nicht übersehen werden kann. Dies zeigt der Blick auf die Skizze der Massenquartiere in der Kreisstadt.

Der Vollständigkeit halber seien in dieser Aufzählung der Kriegsgefangenen noch die relativ kleine Schar der Serben genannt, die in Norderdithmarschen in einigen Lagern zu finden waren. Als 1943 nach dem Sturz Mussolinis Italien Deutschland den Krieg erklärt, gibt es in Deutschland auch italienische Kriegsgefangene. In Heide sind 41 Italiener im "Ziegelhof" untergebracht, über deren Behandlung - überall im Reich begegnet man den einstigen Verbündeten mit großem Haß - keine Quellen berichten.

Unter dem Stichwort "Ausländerakten" sind im Heider Stadtarchiv die Meldeunterlagen zahlreicher Arbeitskräfte zu finden, die als Zivilpersonen aus den besetzten Ländern Westeuropas gekommen waren. Die Anwerbung von Arbeitskräften in Frankreich, Belgien, den Niederlanden, Dänemark und Norwegen gewinnt im Verlauf des Krieges zunehmend an Bedeutung. In Zusammenarbeit mit den jeweiligen Arbeitsverwaltungen dieser Länder gilt zunächst das Hauptaugenmerk der Anwerbung Arbeitsloser. Bei einer Verweigerung der Arbeitsaufnahme in Deutschland fällt die Arbeitslosenunterstützung weg, eine Maßnahme, die häufig eingesetzt wird. In den Versprechungen der Werber ist oft die Rede von hohen Löhnen und günstigen Arbeitsbedingungen. Sie wecken Erwartungen, die fast immer enttäuscht werden: Die Arbeitszeiten in Deutschland sind lang, die 60-Stunden Woche setzt sich immer mehr durch. Die Unterkünfte erweisen sich als provisorisch, die Ernährung ist ungewohnt und schlechter als in der Heimat. Ab 1942 werden die Werbemethoden drastischer. Betriebe werden auf ihre Wichtigkeit für die Rüstung hin überprüft und müssen, wenn sie den Anforderungen der Kriegswirtschaft nicht entsprechen, Teile ihrer Belegschaft an Firmen in Deutschland abgeben. Immer wieder werden aufwendige Versuche unternommen, auf nationaler Ebene das gesamte Arbeitskräftepotential zu erfassen, um Reserven aufzuspüren.

So ist anzunehmen, daß von den 114 Ausländern, die in den Heider Meldeunterlagen der Kriegsjahre zu finden sind, nicht alle mit Arbeitsverträgen in der Tasche nach Deutschland kommen, die sie freiwillig abschlossen haben. Immerhin nutzen 33 der Antragsteller einer Aufenthaltsbewilligung den genehmigten Zeitraum nicht voll aus, wechseln schnell den Arbeitgeber und die Wohngemeinde. Bei 16 der in Heide gemeldeten Ausländer schließt die Akte mit dem Vermerk "vom Amtswegen abgemeldet" oder "aus dem Heimaturlaub nicht zurückgekehrt".

Auf ökonomische Zwänge in der Heimat weisen andere Erscheinungen hin: Von insgesamt 26 Dänen kommen die meisten im Jahr 1941 nach Heide. In diesem Jahr erreicht die Arbeitslosenquote in Dänemark mit 35 Prozent einen Höchststand (Straede 1986, S.398). Ein Überblick über die Herkunftsorte zeigt, daß die meisten Zivilarbeiter aus der Provinz stammen, aus ländlichen Regionen und Kleinstädten, wo Arbeitssuchende kaum Auswahlmöglichkeiten haben. Eine Sichtung der Herkunftsorte ergibt Hinweise auf die Art und Intensität der Werbebemühungen. Elf der insgesamt 41 Köpfe zählenden Franzosengemeinde stammen aus Rouen, wo man sich gezielt um ganz junge Leute, Angehörige der Jahrgänge 1924 bis 1927, bemüht haben muß. Es ist fast anzunehmen, daß Kontakte zur örtlichen Arbeitsverwaltung bestanden. Beispiele für Werbeaktionen interessierter Firmen vor Ort gibt es genug (Herbert 1986, S.194).

Manche Akten zeugen jedoch deutlich von einer freiwilligen Arbeitsaufnahme. Dies gilt vor allem für eine Reihe von Dänen, die aus dem Grenzgebiet stammen, die ein deutsches Elternteil haben und deutschsprachig aufgewachsen sind. Vereinzelte Meldungen zur Waffen-SS sind unter den Angehörigen der verschiedenen Nationen zu verzeichnen, was auf Sympathien für das NS-Regime schließen läßt. Ähnliche Schlußfolgerungen lassen die Akten der sieben belgischen Zivilarbeiter in Heide zu. Neben einer Meldung zur Waffen-SS, tauchen NSV und Reichsarbeitsdienst als Arbeitgeber auf. Eine Haushälterin arbeitet beim SS-Veteranen Claudius Billerbeck.

Insgesamt 26 Dänen kommen während des Krieges nach Heide, wie aus den Ausländerakten hervorgeht. Die Schar der holländischen Zivilarbeiter ist größer. Rund 40 Niederländer sind registriert. Auch die Gruppe der Franzosen ist groß. In den Akten sind 41 französische Zivilarbeiter erfaßt, und zwar mit dem Schwerpunkt 1943. Das weist auf intensive Rekrutierungsbemühungen in Frankreich hin, verschleiert jedoch die Tatsache, daß eine Reihe der Zivilpersonen einstige Kriegsgefangene sind, deren Status man in diesem Jahr ändert.

Von einer schwerpunktmäßigen Anwerbung männlicher Arbeitskräfte zeugt die Beobachtung, daß nur 19 im Ausland rekrutierte Arbeitskräfte Frauen sind. Die größte Gruppe bilden neun Däninnen, gefolgt von sieben Holländerinnen, zwei Belgierinnen und einer Französin. Fünf der Frauen gehen keiner Arbeit nach. Sie sind die Ehefrauen von ausländischen Arbeitern, zum Teil gebürtige Deutsche. Auch einige der anderen Frauen tragen sich mit Heiratsplänen. 14 der Zivilarbeiterinnen arbeiten in Berufssparten, die kaum eine Qualifikation erfordern. Sie sind Kindermädchen, Hausgehilfinnen oder sie verrichten Hilfsarbeiten im städtischen Krankenhaus. Vier Frauen sind qualifizierte Bürokräfte, eine ist Zahntechnikerin.

Zur Altersstruktur: 18 der ausländischen Zivilarbeiter kommen noch als Jugendliche nach Heide. Sie sind unter 20 Jahre alt. Die meisten, nämlich 66 sind zwischen 20 und 30 Jahre alt. 32 sind 31 Jahre und älter. Die Mehrzahl ist ledig. Nur eine vierköpfige Familie ist in den Ausländerakten zu finden. Die Kinder sind beide minderjährig, die Tochter ist bei einem Bäcker angestellt, der Sohn arbeitet zusammen mit dem Vater in einer Zementfirma.

Der auffallendste Interessent an Arbeitskräften ist die Firma Kö-

ster. Von angestrengten Bemühungen, den Arbeitskräftebedarf zu decken, zeugt die Tatsache, daß unter den 19 Franzosen mit Zivilistenstatus einige für die Arbeit in der Metallbranche nicht qualifiziert sind. Beispiele für Berufsfremde: ein Lehrer, ein Hemdenzuschneider, ein Koch, ein Buchbinder, ein Bäcker, ein Maler und ein Tischler. Als Beschäftigte der DEA sind fünf Franzosen, sieben Holländer, zumeist qualifizierte Bohrmeister, und ein Belgier registriert, was keine realistischen Einblicke in den tatsächlichen Bedarf der Erdölwerke erlaubt. Die Firma Jungjohann, neben der Reichsbahn und der Kleinbahn der Monopolist für den Personenverkehr in Norderdithmarschen, beschäftigt im Laufe des Krieges zwei Franzosen und vier Holländer. Die Maschinenfabrik Willy Bruhn gehört mit drei Franzosen und zwei Holländern ebenfalls zu den Privatfirmen, die mehrmals ausländische Arbeitskräfte erhalten. Kein Wunder, gehört Willy Bruhn doch zu den Parteiaktivisten der ersten Stunde, ist einer der ersten Heider Ratsmänner der NSDAP und Kreishandwerksmeister. Die Meierei, wichtig für die Ernährung der Zivilbevölkerung während der Kriegsjahre, beschäftigt zwei Dänen und zwei Franzosen. In Gärtnereien und landwirtschaftlichen Betrieben in Heide sind fünf Franzosen und drei Holländer zu finden. Ämter und Behörden beschäftigen zwei Dänen, einen Belgier, zwei Franzosen und vier Holländer. In den für Heide typischen kleineren Handwerks- und Dienstleistungsbetrieben sind acht Dänen zu finden, zwei Belgier, sieben Franzosen und zwölf Holländer.

Aus den Berufsangaben geht hervor, daß die Ausländer keineswegs unqualifizierte Hilfsarbeiter sind. Es handelt sich bei ihnen fast durchweg um Facharbeiter und Handwerker. Auffällig ist die große Zahl der Berufsfahrer. Vor allem die Holländer (acht) sind in der Sparte "Kraftfahrer" zu finden. Dies deutet möglicherweise am ehesten auf den Status des Ungelernten hin, zeugt aber auf jeden Fall von einem großen Bedarf im Transport- und Fuhrwesen.

Bei den Wohnadressen fällt einiges auf. Von der bevorzugten Stellung der holländischen Bohrmeister im Dienste der DEA zeugt die Adresse Markt 74. Im Gasthof "Landschaftlichen Haus" ist auch die Verwaltung der DEA untergebracht. Es gelten strenge Sicherheitsbestimmungen. Nicht nur Firmenbesucher sondern auch private Gäste der dort Untergebrachten müssen sich an der Pforte in eine Liste eintragen.

Weit weniger priviligiert sind die Franzosen. Bei ihnen überwiegt die Unterbringung in Lagern, auch unter den Zivilpersonen. Einige Adressen zeugen hiervon: Tivolistraße 2, Turnstraße 2, Brauhausstraße und Harmoniestraße. In der Tivolistraße ist der Gastwirt Butenschön der Vermieter. Er hat in seinem zum Massenlager umfunktionierten Restaurant 18 Belegplätze. Acht Zivilarbeiter nennen diese Adresse. Mehrmals ist auch die Turnstraße genannt, obwohl die Kommissare aus Brüssel das Etablissement "Tivoli" als Unterkunft für Frauen bezeichnen, eines der vielen Beispiele für die Lücken dieser Erhebung. In einer Festschrift zum hundertjährigen Bestehen des Konzert- und Ballhauses wird dieses Kriegs-Kapitel gleichfalls ausgelassen (Hundert Jahre Tivoli, 1966). Vier französische Zivilarbeiter nennen als Unterkunft das Lager in der ehemaligen Kelterschen Grützmühle in der Brauhausstraße. Das Lager liegt in bequemer Nähe zur Kösterschen Fabrik. Das gilt auch für das große Lager in der Harmoniestraße, wo man auf einer

mit Müll aufgeschütteten Sandgrube im Laufe des Krieges vier Baracken gebaut hat, in denen Kriegsgefangene und Zivilpersonen leben.

Zahlreiche Adressänderungen zeigen, daß der Lagerunterbringung häufig ein Umzug nach einer Privatadresse folgt. Erst einmal nach Heide vermittelt, nutzen viele Zivilarbeiter die Möglichkeit, sich nach einer bequemeren Unterkunft umzusehen - und nach einem genehmeren Arbeitgeber. Die Firma Köster ist für manchen das Sprungbrett zu einem Kleinbetrieb, wo die Arbeitsdisziplin nicht so streng ist, und der Arbeitsablauf weniger eintönig. Die meisten Zivilarbeiter sind in Privatquartieren untergebracht, eine Erscheinung, die offiziellerseits nicht gern gesehen ist, weil eine solche Unterbringung größere persönliche Freiheiten mit sich bringt. Dies gilt vor allem für die Lebensmittelrationen, die anders bemessen werden als im Fall einer Gemeinschaftsverpflegung. Auch eine Postkontrolle ist in Privatquartieren nicht mehr ohne weiteres durchführbar: Wenigstens fällt die Kontrolle durch die Lagerleitung weg. Im März 1943 ist in den "Meldungen aus dem Reich" ein ganzes Kapitel dem Problem der ausländischen Untermieter gewidmet (Boberach 1984, S.4953 ff.). Besorgt äußert man sich hier über politische Gleichgültigkeit vieler Vermieter, deren Quartiere oft "Brutstätten staatsfeindlicher Betätigung" seien. Die Ausländer, die bereit seien, überhöhte Mieten zu zahlen, nähmen Deutschen den ohnehin knappen Wohnraum weg. Außerdem käme es in Privatquartieren oft zu unerlaubten intimen Beziehungen zu deutschen Frauen.

Eine Reihe von Mehrfachnennungen Heider Privatadressen zeugen von einer lebhaften Mund-zu-Mund-Propaganda unter den Ausländern, was freizügige Wohnverhältnisse angeht. Dreimal taucht die Bruhnstraße 9 auf. Der Vermieter ist kein Unbekannter in der Kleinstadt. Bauer Thiedemann hatte bis in die Mitte der dreißiger Jahre hinein auf seinem Hof Zigeuner beherbergt, bis man ihm die Aufnahme dieser Menschen kurzerhand verbot. Der Bauer und Viehhändler mit höherer Schulbildung hatte seinen exotischen Untermietern stets großes Interesse und beträchtliche Sympathien entgegengebracht. Die erneute Chance zu Mieteinnahmen zu kommen, hat der Bauer sicher gerne genutzt mit dem zusätzlichen Vergnügen, neue Bekanntschaften zu schließen. Mehrfachnennungen sind auch bei den Adressen Hölle 2 (dreimal), österstraße 21 (dreimal) und österstraße 9 (zweimal) zu verzeichnen. In der österstraße sind vor allem Arbeiter der Firma Jungjohann zu finden. Über diese Adressen gibt es keine näheren Angaben. Anders ist das im Fall der Hölle 2. Hier vermietet ein Heider Bäcker seine Gesellenkammer, die durch eine Außentreppe erreichbar ist. Obwohl der Vermieter als überzeugter Nazi bekannt ist, bietet die Gesellenkammer mit ihrem separaten Eingang verhältnismäßig große Freiheiten.

Aus den Heider Ausländerakten geht hervor, daß die Zivilarbeiter sich nicht immer reibungslos in das Leben in der Kreisstadt einfügen. So findet sich in der Akte eines jungen Mannes aus Rotterdam ein Schreiben des Amtsgerichtes Hamburg an die Polizeiverwaltung in Heide, mit der Nachricht, daß der holländische Kraftfahrer zu einer dreiwöchigen Gefängnisstrafe wegen Betruges verurteilt worden sei. Die Verurteilung erfolgt Ende Februar 1943, der junge Mann war Ende November 1942 gerade erst nach Heide gekommen und hatte sich Ende Januar nach Hamburg abgemeldet. Hinweise auf

den Tathergang gibt es nicht. Es wird später noch gezeigt werden, daß relativ geringfügige Straftaten drakonische Strafen nach sich ziehen.

In der Akte eines Landarbeiters aus Frankreich heißt es auf einem beigefügten Zettel: "... ist am 11. September 1944 nach Flensburg, Gerichtsgefängnis, zur Abmeldung gelangt." Auch hier fehlen Hinweise auf den Grund der Verhaftung. Ein politisches Vergehen scheint nicht ausgeschlossen. Der Franzose arbeitet als Landarbeiter auf dem Hof eines fanatischen "Alten Kämpfers".

Es gibt aber auch Akten, die von aufwendigen polizeilichen Recherchen zeugen. Die Akte eines Schlossers bei Köster wird mit dem Vermerk geschlossen: "wurde am 12.2.1944 von der Gestapo Kiel in Haft genommen." Der Franzose wird zunächst von der Polizei vernommen und das Protokoll ist seiner Akte beigefügt. Anhand dieses Protokolls wird deutlich, daß die dürren Daten der meldebehördlichen Personalblätter kaum den tatsächlichen Lebenslauf der Betroffenen erfassen.

Den Vernommenen verschlägt es im August 1940, also gleich nach dem Waffenstillstand, als Kriegsgefangenen nach Heide. Es ist Erntezeit und der Dreschmaschinenbesitzer Carl Bruhn kann den Kriegsgefangenen gut gebrauchen. Ab dem 26. November 1940 arbeitet der Schlosser als Hilfsdreher bei der Firma Köster. Seine Unterkunft ist zu jener Zeit das Lager IV in der Brauhausstraße, wie er zu Protokoll gibt. Am 3. August 1943 wird der Kriegsgefangene in das Zivilleben entlassen, die Arbeit bei Köster behält er bei. Erst ab diesem Zeitpunkt wird der Franzose vom Meldeamt erfaßt. Seine Aufenthaltserlaubnis gilt vom 14. September 1943 bis zum 31. März 1944 für das gesamte Deutsche Reich. Einziger Hinweis darauf, daß der Franzose ein Kriegsgefangener war, ist im Personalblatt der Vermerk über die Art seiner Reisepapiere. Es ist ein Fremdenpaß, der vom Heider Landrat ausgestellt wurde. Im Dezember 1943 tritt der Franzose eine neue Stelle an, die auch nicht im Personalblatt vermerkt ist. Es ist eine Stelle als Friseurgehilfe mit Unterkunft, Kost und "freier Wäsche" beim Arbeitgeber.

Nun zu den Umständen, die dazu führen, daß der Franzose 1944 die Bekanntschaft mit der Gestapo machen wird. Er lernt bei Köster eine Arbeiterin kennen, die sich bereit erklärt, ihm die Wäsche in Ordnung zu bringen, eine willkommene Erleichterung, die viele Lagerbewohner suchen. Als Bezahlung erhält die Frau Zigaretten und Schokolade. 20 Mark zahlt der Franzose wöchentlich für sein Mittagessen, das er ebenfalls bei der Kollegin, die in der Louisenstraße wohnt, einnimmt. Auch nach dem Stellenwechsel kommt es noch mehrmals zu gegenseitigen Besuchen, jeweils um Wäsche zu bringen oder abzuholen. Schließlich wird dem Franzosen vorgeworfen, "ehewidrige Beziehungen" zur Wäscherin unterhalten zu haben. Der Franzose zum Vorwurf des Umganges mit einer deutschen Soldatenfrau: "Ich habe auch niemals daran gedacht mit dieser Frau ein Liebesverhältnis anzuknüpfen, zumal sie ja meine Mutter sein könnte. Im übrigen war mir das Vorleben dieser Frau hinreichend bekannt." Er sei nicht der fremde Mann gewesen, den der plötzlich beurlaubte Ehegatte in der Wohnung angetroffen habe. Seine Vermutung ist, daß das Paar "gemeinsam die Absicht (hatte), mich unglücklich zu machen." Mit diesem Protokoll endet die Akte

des Franzosen. Die Arbeiterin aus der Louisenstraße, von deren "Vorleben" auch andere Zeitzeugen zu berichten wissen, war bereits wenig vorher, nämlich im Sommer 1943, schon einmal als Zeugin gegen einen Franzosen aufgetreten.

Große Aufregung herrscht bei der Nordhastedter Polizei, als Zeugen einen mutmaßlichen französischen Spion beobachtet haben wollen, der "anscheinend" Skizzen von den Erdölwerken anfertigt. Der Arbeiterin, die mit einer Kollegin unterwegs nach Nordhastedt ist, fällt in diesem Zusammenhang ein junger Franzose auf, der sie ein Stück begleitet. Eine Gegenüberstellung ergibt schließlich, daß der Junge nicht der Verdächtige ist. Trotzdem kommen in den Vernehmungsprotokollen eine Reihe von Umständen ans Licht, die zeigen, wie schwer sich Denunzianten und Polizei tun, einen einmal geäußerten Verdacht zurückzunehmen.

Hier in Kürze der Werdegang des 18jährigen Franzosen, der ganz auf sich allein gestellt, unter seinen Landsmännern in und um Heide seine einzigen Bezugspersonen hat. Die Eltern des Jugendlichen waren 1940 während eines Bombenangriffs auf Le Havre umgekommen. Er selbst wird im Anschluß an einen Lazarettaufenthalt nach Deutschland dienstverpflichtet. Von April bis Dezember 1941 arbeitet der Sechzehnjährige in Köln in einer Waffenfabrik. Nach einem kurzen Aufenthalt in der Heimat meldet er sich freiwillig wieder zur Arbeit in Deutschland. Seine ersten Arbeitgeber sind zwei Bauern in Nordhastedt. Schließlich vermittelt ihm das Heider Arbeitsamt die Stelle bei Köster und dann bei einem Heider Schmied.

Als an jenem Junitag der Norderhastedter Polizeimeister die Heider Polizei telefonisch vom Auftreten des Spions benachrichtigt, fällt der Verdacht schnell auf den Jungen, der einen Tag nach dem Zwischenfall nicht zur Arbeit erschienen war. Die Vernehmung des Jugendlichen ergibt das etwas verworrene Bild eines "verlängerten Wochenendes", mit dem er sein einjähriges Jubiläum in Heide feiern will. Da wird schmutzige Wäsche nach Nordhastedt gebracht und weil das Fahrrad des Meisters so günstig bei der Hand ist, wird gleich noch ein Abstecher nach Büsum gemacht, um Freunden Post zuzustellen. Unerlaubterweise wird im Lager der Köster-Arbeiter genächtigt. Da werden Arbeitskleider zum Verkauf angeboten, die anderswo vermißt wurden. Eine Wolldecke fehlt im Lager der Zivilarbeiter und wird im Zimmer des Verdächtigen gefunden. Nach mehrtägiger Haft wird der Franzose schließlich entlassen. Die Wolldecke gibt er zurück, er habe beim Kauf gemeint, sie stamme aus dem Privatbesitz des Anbieters, so sein Argument. Allen anderen Verdächtigungen fehlt die Basis. Trotzdem heißt das Fazit der Polizei:

"D. wird allgemein als Hetzer angesehen und es erscheint erforderlich, dass er durch das Arbeitsamt in eine andere Gegend vermittelt wird. In seinen Arbeitsleistungen soll er nicht berühmt gewesen sein. Da der Schmiedemeister E.S. dringend Hilfe benötigt, und ihm vom Arbeitsamt eine andere Kraft noch nicht zur Verfügung gestellt werden kann, soll D. dort vorläufig in Arbeit bleiben. ... D. wurde wegen seines Verhaltens eindringlich verwarnt und ihm wurde angedroht, dass er bei nicht einwandfreier Führung der Geheimen Staatspolizei übergeben wird."

Diese Drohung muß dem Mann den Aufenthalt in Heide endgültig verleidet haben. Am 4. September heißt es abschließend in der Akte des Franzosen: "D. hat seinen Arbeitsplatz verlassen u. ist flüchtig, die Abmeldung erfolgte am heutigen Tage von Amts wegen."

Die abfallenden Arbeitsleistungen und die Widersetzlichkeit der Franzosen im Reich ist für die Berichterstatter des Sicherheitsdienstes seit Stalingrad immer wieder ein Thema (z.B. Boberach 1984, S. 5194). Das Heider Vernehmungprotokoll eines Landarbeiters aus Rouen aus dem Jahr 1945 zeugt von einem besonders exemplarischen Fall. Der Vernommene, der sogar sein Protokoll, in dem er abschließend beteuert, die "reine Wahrheit" gesagt zu haben, zunächst mit einem falschen Namen unterschreibt, weiß von einem wechselvollen Leben als Zivilarbeiter in Deutschland zu berichten und von ausgeprägten, wenn auch nicht klassischen, Widerstandsstrategien innerhalb der Franzosengemeinde.

Der Mann aus Rouen kommt erstmals im Juni 1941 nach Deutschland. Zunächst geht es nach Seelze bei Hannover, wo der Franzose ein Jahr lang bei einem Bauern arbeitet. Nach kurzem Aufenthalt in Frankreich geht es nach Hamburg, wo das Arbeitsamt dem Mann eine Stelle bei einem Bauern und Viehhändler in Heide vermittelt. Nach einem halben Jahr erfolgt der Wechsel zur Maschinenfabrik Köster. Dort bleibt der Arbeiter bis zum März 1944, dann findet er eine Stelle als Beifahrer in einem Transportunternehmen. Wegen Differenzen mit dem Arbeitgeber - Arbeitsbummelei heißt die knappe Begründung - wird der Franzose für 20 Tage in das Arbeitserziehungslager Kiel-Russee eingeliefert. Zurück in Heide findet der Mann eine Einstellung als Feuerwehrmann bei den Deutschen Erdölwerken in Hemmingstedt, wo er erneut zu einer vierwöchigen Gefängnisstrafe verurteilt wird, nachdem er mit einem Firmenwagen unerlaubterweise eine Spritztour nach Heide gemacht hatte.

Gleich nach seiner Entlassung am 15. Dezember meldet sich der Franzose zur Waffen-SS und gelangt im Rahmen der Ausbildung nach Josefstadt. Enttäuscht von der dürftigen Ausbildung und der herablassenden Behandlung durch die Deutschen, läuft der Mann im Februar davon, und gelangt über Prag zurück nach Heide, wo ihn seine Braut dazu überredet, sich sofort in der Kaserne zu melden. Unter falschem Namen meldet sich der Flüchtling auch tatsächlich zurück mit der Entschuldigung, er habe mit seiner Truppe vor den Russen fliehen müssen. Der Schwindel kommt heraus. Die Akte schließt mit der Durchschrift eines Schreibens unterzeichnet von einem Heider SS-Untersturmführer und Revierleutnant der Schutzpolizei, in dem es heißt: "Der fahnenflüchtige Franzose R.I. wurde am 18.2.1945 der SS-Pz.Gren. Ausb.Btl.18 in Hamburg-Langenhorn zugeführt."

Der Fahnenflüchtige schildert die Zustände in Josefstadt ausführlich. Ein Quentchen Wahrheit ist vermutlich in dieser Schilderung der Stimmung unter seinen Landsleuten zu finden, obwohl sie in erster Linie als Rechtfertigung gedacht ist:

"Ich will heute ganz offen gestehen, dass ich mich aus Idealismus zur Waffen-SS gemeldet habe. Es war mein ganzes Bestreben gegen den Bolschewismus auf deutscher Seite zu kämpfen. Schon in Greifenberg erfuhr ich von Mißständen die unter den franz. Freiwilli-

gen herrschten. Dort wurde mir erzählt, dass die Freiwilligen ihre Waffen an Polen und Russen verkauft, bzw. vertauscht hätten. In Josefstadt erfuhr ich sofort, dass viele franz. Kameraden zu den Partisanen übergelaufen seien. Diese sollten sich in der Nähe von Josefstadt und Wien aufhalten. Ich wurde auch von Kameraden in versteckter Form aufgefordert mit zu den Partisanen überzulaufen. Ich hatte überhaupt das Gefühl, dass die Kameraden in Josefstadt alle keine ehrliche Gesinnung an den Tag legten und ich mich gewissermaßen schon unter den Partisanen befand. Es wurde nämlich eine starke Mundpropaganda unter den freiwilligen Franzosen gegen Deutschland innerhalb der Kaserne betrieben. Diese ganzen Umstände haben mich veranlaßt mich heimlich aus Josefstadt zu entfernen. Ich habe es bestimmt ehrlich gemeint."

Wie bereits erwähnt, unterschreibt der Mann aus Rouen dieses Protokoll zunächst mit seinem falschen Namen. Polizeimeister Godbersen muß das noch rechtzeitig bemerkt haben, davon zeugt die Korrektur der Unterschrift.

Diese Akten lassen eine Ahnung aufkommen vom Leben der durch die Kriegswirren entwurzelten jungen Menschen, von den rigorosen Disziplinierungsmaßnahmen und auch von der Bereitschaft der alteingesessenen Bürger der Stadt, die Fremden zu bespitzeln und jede Auffälligkeit zu melden.

Ein besonders gutes Beispiel für den bürokratischen Aufwand, mit dem jeder Anzeige nachgegangen wird, auch wenn die Umstände noch so geringfügig sind, liefert die Akte eines Heißmangelbesitzers gegen Ende des Jahres 1942. Der laut Akte in Heide Gebürtige und alteingesessene Geschäftsmann wird selbst als Staatenloser in der Heider Ausländerkartei geführt. An Silvester 1942 muß der Heißmangelbesitzer wutschnaubend auf dem Polizeirevier aufgetaucht sein. Der Grund für seine Empörung: Er sei in einem Friseurgeschäft nicht bedient worden. Ihm als Volksgenossen habe man stattdessen zwei Ausländer vorgezogen. Drei Zeugen werden aufgrund dieser Anzeige vorgeladen, denn, so heißt es im Polizeibericht: "Die Beschwerde des S. ist nach dem vorgebrachten Tatbestand durchaus berechtigt."

Schließlich ergibt sich folgendes Bild: Der ungeduldige Kunde, der bereits früher am Morgen schon einmal im Laden erschienen war und angesichts der Schar der Wartenden wieder gegangen war, erscheint noch einmal gegen Mittag und will rasiert werden. Immer noch sitzen sechs Kunden im Geschäft in der Bahnhofsstraße, und der Friseurgehilfe weist den Mann darauf hin, daß man bald für die Mittagspause den Laden schließen werde. Der Hinweis erfolgt in höflichem Ton, wie die Zeugen bestätigen. Unter den Kunden sind keine Ausländer, wie die Befragung ergibt. Außerdem erklärt der Friseurgehilfe, der Volksdeutscher aus Serbien ist, mit Nachdruck, er würde Ausländer grundsätzlich zuletzt bedienen, die Polen könne er sowieso nicht leiden. Dabei wird vermutlich gerade er, der so stolz auf seine Zugehörigkeit zur deutschen Volksgemeinschaft ist, mit seinem nicht akzentlosen Hochdeutsch beim Kunden den Eindruck geweckt haben, daß der Laden fest in der Hand von Ausländern ist. Soweit das Beispiel eines politisierten Alltags, der selbst privateste Belange wie die tägliche Rasur nicht ausläßt, und in dem jeder mit Zähnen und Klauen seinen Platz in der Hierarchie der gesellschaftlich priviligierten "Volksgenos-

sen" verteidigt.

Politik und Neid vermischen sich in der Akte eines Dänen aus Viborg, der als Expedient bei den Deutschen Erdölwerken arbeitet. Im März 1942 zeigen drei Kollegen den Dänen an, weil er ihnen mit deutschfeindlichen Äußerungen auffällt. Unter anderem habe er kritisiert, daß die Deutschen in England Bomben auf die Zivilbevölkerung geworfen hätten. Außerdem stoßen sich die Kollegen an seiner Behauptung, daß Deutschland den Krieg verlieren werde. Sorgfältig zählt der Polizeibericht die Kontakte des Dänen auf. Ein Angestellter ist dabei, der in der Nachbarschaft des Dänen wohnt. Er könne mit sachdienlichen Angaben aufwarten, so der Bericht. Ein Schneider aus der Mühlenstraße wird genannt. Von ihm weiß man bei der Heider Polizei, daß er "politisch nicht einwandfrei" ist. Dies gilt auch für eine weitere Kontaktperson des Dänen, einen bei der Firma Köster angestellten Tischler, über den es im Bericht heißt: "Er ist dänisch gesonnen, und es hat gegen ihn schon der Verdacht der Spionage bestanden." Lauter kleine Hinweise auf ein engmaschiges Netz der Gesinnungsschnüffelei in der Kleinstadt, wo sich die Polizei bereitwillig für ideologische Belange einspannen läßt.

Vier Heider Geschäftsleute tauchen in der Liste auf. Sie sollen, so die Ermittlungen, vom Mann aus Viborg mit Lebensmitteln aus der Heimat versorgt worden sein. Ganz unauffällig wird hier das vermutliche Hauptmotiv für die Anzeige eingeführt. Nicht die deutschfeindlichen Äußerungen des Dänen haben die Kollegen stutzig gemacht, sondern sein häufiger Urlaub, dies klingt sogar in den Formulierungen des Polizeiberichtes nach, wo es heißt:

"Entgegen den sonst üblichen Regeln ist ausgerechnet der Däne im letzten Vierteljahr je 14 Tage auf Urlaub gefahren. Das erste Mal war es zu Weihnachten 1941, dann im Februar 1942. Er hat die Absicht, sich zu Ostern abermals auf Urlaub zu fahren. Die anderen Arbeiter der Deutschen Petroleum AG. wundern sich, daß gerade N. so oft und so lange Urlaub bekommt und sie sprechen den Verdacht aus, daß er Vorgesetzten Waren aus Dänemark mitbringt."

Der Leutnant der Schutzpolizei, der die Anzeige aufnimmt, gibt den Vorfall an die Gestapo-Außenstelle in Itzehoe weiter. Auf Anraten des dortigen Kriminalsekretärs Heuck gibt man sich noch abwartend. Der Däne kommt der Gestapo zuvor. Er meldet sich einen Monat später ab und kehrt nach Dänemark zurück.

Im Deutschland der Kriegsjahre werden Dinge des täglichen Bedarfs immer knapper. Schuhwerk und Kleidung gehören zu den vielbegehrten Mangelartikeln. Neid kommt unter solchen Umständen schnell auf. So ist es nicht verwunderlich, wenn Polizeimeister Godbersen im Frühjahr 1942 auf eine Anzeige im Heider Anzeiger aufmerksam (gemacht) wird, in der es um einen Pelzmantel geht. Die Urheberin der Anzeige wird vorgeladen. Es ist eine Holländerin, die aus der Heimat einen persianerähnlichen Mantel mitgebracht hat und diesen für 750 Mark verkaufen will. Der erfolgreiche Verkauf eines Mantels ihrer Tochter hatte sie vermutlich zu dieser Transaktion ermuntert. Der Vorwurf lautet jetzt, der Verkaufspreis sei auf unerlaubte Weise um 86,50 Mark überhöht gewesen. Fahrtkosten und Reiseauslagen werden als Grund für den Aufschlag nicht anerkannt. Als strafmildernd wird jedoch angesehen, daß die Holländerin bis-

her nicht aufgefallen war. Die Ordnungsstrafe inklusive Gebühren: 11,50 Mark.

Die polizeiliche Überwachung scheint kaum Lücken zu lassen, hiervon zeugt der Blick in die Akte eines Holländers, der eine Heiderin geheiratet hat und aus diesem Grund seine Aufenthaltsbewilligung verlängern läßt. Der Mann aus Nordholland arbeitet als Lagerist bei einer Heider Firma. Seit dem 8.10.1941 ist er im Besitz einer Arbeitskarte. Über Leer, Ostfriesland und Hamburg war er nach Norderdithmarschen gekommen. Als im April seine Aufenthaltsgenehmigung verlängert werden muß, ergeht vom Bürgermeisteramt eine Anfrage an die Polizei bezüglich "vertraulicher Ermittlungen über die politische Einstellung" des Antragstellers. Polizeimeister Godbersen antwortet, nachdem er die persönlichen Daten des holländischen Staatsangehörigen, seiner Frau und seines Kindes aufgelistet hat:

"Seine wirtschaftlichen Verhältnisse sind geregelt. In strafrechtlicher Hinsicht ist während seines Aufenthaltes in Heide Nachteiliges nicht bekanntgeworden. In spionagepolizeilicher und politischer Hinsicht ist Nachteiliges ebenfalls nicht festgestellt worden. N. ist hier noch wenig bekannt, so dass über seine politische Einstellung kein Urteil abgegeben werden kann. Es ist auch nicht bekanntgeworden, in welcher politischen Richtung er sich in seinen vorherigen Aufenthaltsorten bewegt hat. Als Geheimnisträger im Deutschen Staate dürfte N. unbedingt als unerwünschter Ausländer abzulehnen sein, zumal er schon durch Schreiben der Abwehrstelle im Wehrbezirk X in Hamburg vom 28. Oktober 1941, am 2. Januar 1941 als unerwünschter Ausländer aufgefordert wurde, die Grenzzone bis zum 20. Januar 1941 mit seiner Familie zu verlassen. Diese Aufforderung ist vom Landrat in Leer (Ostfriesland) ergangen. Weil aber die Ehefrau aus Heide, Kreis Norderdithmarschen stammt, sind gegen den weiteren Verbleib in dem Kreise Norderdithmarschen keine Bedenken erhoben worden. Einer Ausdehnung auf andere Kreise ist nicht stattgegeben worden."

Die Beschränkung der Aufenthaltsgenehmigung auf den Landkreis Norderdithmarschen ist also als ein Hinweis zu sehen, daß man vonseiten der Behörden dem Antragsteller ein gewisses Mißtrauen entgegenbringt. In den Ausländerakten sind eine ganze Reihe solcher Aufenthaltsbeschränkungen zu finden. Wenn es sich um Beschäftigte der Erdölwerke in Hemmingstedt handelt, die in Heide wohnen, wird die Genehmigung auf die beiden Landkreise Norder- und Süderdithmarschen ausgedehnt, da in diesem Fall das Überschreiten der Kreisgrenze gar nicht vermieden werden kann. Auch bei den meisten gewerblichen Kraftfahrzeugführern ist eine solche Ausdehnung des Aktionsradius zu verzeichnen. Aus den Akten geht nicht hervor, welches die exakten Kriterien für eine derartige Einengung der Bewegungsfreiheit der Ausländer sind. Es gibt jedoch ein anschauliches Beispiel für die polizeiliche Überwachungspraxis und des Gewichts einer auf die Bewegungsfreiheit gerichteten polizeilichen Beurteilung. Diesmal geht es nicht um ausländische Zivilarbeiter, sondern um die Familie Knispel, die laut den Akten seit den zwanziger Jahren in Heide lebt. Da ist zunächst einmal der Vater.

Karl Knispel wurde am 2. November 1876 in Kalisch geboren, das der Meldebeamte kurzerhand einmal in Rußland und einmal in Polen

ansiedelt. Nach dem Tod des Ernährers zieht die Mutter mit den Kindern in die Ukraine, woher sie stammt. Während des ersten Weltkriegs wird der Ort, in dem die Familie lebt, von deutschen Truppen besetzt und die Familie wird nach Deutschland umgesiedelt. So gerät Karl Knispel in die Nähe von Segeberg, wo er bis 1923 bei einem Bauern arbeitet. Dann zieht er nach Heide. Seine Papiere hat der des Lesens und Schreibens Unkundige einem Bekannten zum Übersetzen gegeben und nicht zurückerhalten. Er meint jedoch, es habe sich um einen "russischen" Paß gehandelt. Mangels anderer Erkenntnisse wird Karl Knispel bei der Heider Meldebehörde als Staatenloser geführt. Der 63jährige ist mittlerweile arbeitsunfähig und bezieht eine wöchentliche Fürsorgeunterstützung. Soweit der Stand im Jahr 1939, als es wieder einmal um die Frage der Aufenthaltsgenehmigung geht. Polizeileutnant Hornig, um seine Meinung gefragt, stellt fest:

"Der Arbeiter Karl Knispel... steht in keinem guten Rufe. Er ist Invalide und erwerbsunfähig. Knispel ist als notorischer Trinker anzusehen, der ohne Alkohol einfach nicht mehr auskommen kann. Den politischen Ereignissen steht er vollkommen desinteressiert gegenüber. Ein nützliches Glied der Volksgemeinschaft ist er nicht. Nach meiner Ansicht ist es nicht erforderlich und sogar angebracht, wenn die Ausdehnung seines Passes lediglich auf den Ortspolizeibereich Heide erfolgt. Weil er erwerbsunfähig ist besteht auch keine dringende Veranlassung, den Paß auf einen räumlich größeren Bezirk auszudehnen."

Weniger Schwierigkeiten hat der Sohn Willy Knispel, der Maschinenschlosser, der während der Kriegsjahre als zur Wehrmacht einberufener Flieger in den Heider Ausländerakten auftaucht. Hier geht es sogar um die Möglichkeit der Einbürgerung. Anders wird der Fall seines Bruders Emil Knispel behandelt. Eine kurze Notiz in der Akte des Bruders Willy bemängelt den Umstand, daß sich die Familie Emil Knispel um die Einbürgerung nicht gekümmert habe. Ansonsten gibt es noch einen Hinweis auf eine Handakte Knispel, die im Bürgermeisteramt vorliegen muß. Emil Knispel selbst ist in den Ausländerakten nicht zu finden, was einige Vermutungen über die gesonderte Behandlung seiner Personalakten zuläßt. Heides Bürgermeister Karl Herwig, Leiter der SD-Außenstelle Heide und ab 1941 SS-Oberführer, hat sein Gemeinwesen gut unter Kontrolle. Polizeiliche und sicherheitsdienstliche Erkenntnisse sind bei ihm in einer Hand. Bereits in seinem ersten Amtsjahr von 1937 bis 1938 läßt er politische Beurteilungen über 400 Heider Bürger anfertigen, wie er in einem Rechenschaftsbericht stolz angibt. Emil Knispel wird sicher in einer speziellen Kartei geführt worden sein. Er ist einer der ersten Verhafteten während der Kommunistenhatz des Jahres 1933. Der Vater Karl Knispel muß unter dem Druck dieser Verhältnisse nicht wenig gelitten haben. In seiner Akte steht der abschließende Vermerk: "Knispel ist am 5.11.1939 verstorben (ertrunken, Unglücksfall)." Daß es sich hier wirklich um einen Unglücksfall gehandelt hat, ist nicht sicher. Der Ziegelhofteich, wo der Ertrunkene gefunden wird, gilt in Heide traditionsgemäß als die "Anlaufstelle" für Selbstmörder.

Wie die Heider Ausländerakten zeigen, funktioniert das Bespitzelungs- und Überwachungssystem der Nationalsozialisten ausgezeichnet. Selbst über die geringfügigsten Abweichungen wird genauestens Buch geführt - und eben nur diese kleinen Auffälligkeiten

sind heute in den Archiven zu finden. Akten eindeutig politischen Inhalts wurden bei Kriegsende in Heide sorgfältig beseitigt. Hinzukommt, daß bei Einschaltung der Gestapo keine Rückmeldungen an die Einwohnerbehörde erfolgen. So gibt es in der regulären Ausländerkartei keine Hinweise auf Widerstandsaktivitäten in Heide, abgesehen von den schwammigen Vorwürfen der "Arbeitsbummelei" oder einer "dänischen Gesinnung". Davon, daß es Versuche eines organisierten Widerstandes in Heide tatsächlich gegeben hat, zeugt der Fall des eingangs erwähnten Heider Schülers, der wegen seiner unerlaubten Kontakte zu ausländischen Zivilarbeitern für mehr als zwei Jahre im sogenannten Jugendschutzlager in Moringen verschwand.

Erwin Rehn, Jahrgang 1927 und wie seine Altersgenossen seit 1937 gezwungenermaßen Mitglied der Hitlerjugend, lernt die ersten französischen Kriegsgefangenen im Haus seines väterlichen Freundes Alfred Thiede kennen. Der ehemalige Logenbruder, ein begabter Ingenieur mit vielen musischen Talenten, hatte den Jungen schon seit langem beeindruckt. Im Thiedeschen Haushalt gibt es eine große Schallplattensammlung und alle Werke der Weltliteratur. Die französischen Kriegsgefangenen werden von Alfred Thiede, der sie unter dem Vorwand dringender Arbeiten ins Haus bestellt, verköstigt und mit Zigaretten versorgt. In langen Gesprächen erfährt Erwin Rehn, daß die Besucher im Haus seines Freundes gebildete und rundherum interessante Leute sind - eine willkommene Abwechslung im provinziellen und vom Kleinbürgertum geprägten Heide.

Als es "irgendwo beim Bäcker oder beim Kaufmann" zu Verständigungsschwierigkeiten kommt, greift der sprachbegabte Junge ein und lernt so seine ersten Dänen kennen. Bald taucht der Schüler in das Leben der kleinen Ausländergemeinde in Heide ein. Schnell weiß er sich recht gut auf dänisch zu verständigen, und auch die holländische Sprache ist rasch erlernt, was ihm das Vertrauen seiner neuen holländischen Freunde einbringt. Erwin Rehn, der den körperlichen Mutproben und dem lauten militaristischen Gebaren seiner Altersgenossen immer mit Abstand begegnet ist, lernt den Lebensstil seiner neuen Bekannten schätzen. Als eifriger Hörer von Radio Hilversum kann er ein Autogramm der Ramblers, einer vielbewunderten Jazzkapelle vorzeigen. Die Jazzmusik wird in jenen Jahren unter Jugendlichen zum wichtigen Mittel, ihre Gegnerschaft zum herrschenden Regime zu demonstrieren.

Bald hat Erwin Rehn seine Lektionen in praktisch angewandter Landeskunde hinter sich. Er erfährt, daß die jungen Holländer nicht freiwillig nach Deutschland gekommen sind. In den besetzten Ländern durchkämmen Horden von Werbern die Ortschaften, immer auf der Suche nach Arbeitskräften für die deutsche Wirtschaft. Dabei ist der Druck der deutschen Besatzer auf die holländische Arbeitsverwaltung in der ersten Zeit nach der Besetzung der Niederlande im Mai 1940 zunächst relativ gering. Lediglich arbeitslose Niederländer werden von den ersten Rekrutierungswellen erfaßt. Erst ab März 1942 müssen auch holländische Betriebe Arbeitskräfte nach Deutschland liefern. Ganze Jahrgänge werden zwangsrekrutiert. Stadtviertel werden abgeriegelt und razziamäßig nach Arbeitskräften, die mit Hilfe von Widerständlern untergetaucht sind, durchsucht. Ein ausgeklügeltes Meldesystem soll schließlich die Erfassung Arbeitsfähiger mit der Ausgabe von Lebensmittelrationen kombinieren. Die Holländer beginnen sich solidarisch zur

Erinnerungsphotos des Holländers Wirtjo Starke an seine Zeit in Heide. Stolz hat er sich hinter dem Lenkrad seines Busses ablichten lassen (oben). Der Schüler Erwin Rehn ist häufiger Besucher des Holländers am Busbahnhof. Der Schnappschuß entstand kurz vor der Verhaftung des Jungen (unten).

Wehr zu setzen. Massenhaft schreiben Ärzte ihren Patienten Untauglichkeitsbescheinigungen. Lebensmittelkarten werden in großem Umfang gefälscht und in vielen Rathäusern verbrennen die Meldeunterlagen. Es kommt zu Streiks und auch die Exilregierung ruft dazu auf, die Arbeit für den Feind zu verweigern. (eine ausführliche Beschreibung z.B.: Sijes 1966). Das Repertoir der Widerstandsstrategien ist vielfältig. Man signalisiert seine Sympathien für die Königin im englischen Exil mit einer orangefarbenen Blume am Revers oder trägt am Jahrestag der Besatzung einen Trauerflor. Kleine Kinder gehen mit Guckkästen umher und bieten den Passanten an: "Einmal reingucken, ein Cent." Wo früher bunte Bilder anzusehen waren, gibt es jetzt boshafte, die NS-Terminologie ironisierende Motive. Ein Gummiband zwischen zwei Streichhölzern symbolisiert die "elastische Front". Unter dem Bild eines verbrannten Hauses steht die Inschrift "das heutige Hamburg". Mit einer Taktik der kleinen Nadelstiche halten die Niederländer Sicherheitsdienst und Gestapo ständig auf Trab (zahlreiche Beispiele in: BA 70/34). Nicht vergessen werden darf in diesem Zusammenhang die massenhafte Solidarität der Holländer mit ihren jüdischen Mitbürgern, die alle erdenkliche Hilfe erfahren. Im Verlauf des Jahres 1943 erreichen die Aktionen gegen die Besatzer einen Höhepunkt. Kollaborateure oder Nazifunktionäre werden auf offener Straße erschossen. Beliebtes Fluchtmittel ist bei solchen Überfällen - wie kann das in Holland anders sein - das Fahrrad. Massenhaft werden in diesem Jahr Verstecke ausgehoben, in denen sich bewaffnete Untergrundkämpfer verborgen hatten. Mit von der Partie in diesen Widerstandsgruppen sind immer wieder die Gendarmen, die sich mit den neuen Machthabern nicht anfreunden können, genauso wie Angehörige der einstigen Armee, die sich im Untergrund zum nationalkonservativen "Ordedienst" (Ordnungsdienst) zusammenfinden, und mit Hilfe des britischen Geheimdienstes immer wieder bewaffnete Zusammenstöße mit den Deutschen herbeiführen (z.B.: In't Veld 1976, S. 1176 ff).

Die Holländer in Heide erzählen dem Jungen von den Zuständen in ihrer Heimat, den Judenverfolgungen und dem Scham und dem Widerwillen, der sie angesichts ihrer Zwangsrekrutierung erfüllt. Erwin Rehn kennt bald das Signal, mit dem sich holländische Gegner des NS-Regimes zu erkennen geben. Nach der Melodie einer volkstümlichen Serenade wird das Lied vom NSBer gesungen, der kein Mensch und kein Tier ist sondern schlichtweg ein Pharisäer - im NSB sind die holländischen Nazis organisiert: "Op de hoek van de straat staat een phariseer/ is geen mensch, is geen dier, is een NSBer." Irgendwann beginnen Flugblätter zu kursieren. Erwin Rehn erinnert sich an die typischen Losungen. Während die Holländer mit "Oranje boven, het leve Wilhelmin" ihre Königin hochleben lassen, reimen die Dänen "Heil Hitler, smit skjorden, bruk dansk kittler!" Wirf das Braunhemd weg und zieh den dänischen Kittel an.

Einigen der Menschen, deren Daten in den Ausländerakten genannt sind, verleihen Erinnerungsfragmente Erwin Rehns etwas Profil. Da ist der Tiefbauarbeiter Karl Skött, der immer über die deutsche Rückständigkeit im Umgang mit dem modernen Werkstoff Beton spottet. Da ist Ib Wendelboe Asmussen, der aus dem Heimaturlaub zurückkehrt und stolz berichtet, er habe gemeinsam mit Kameraden an die deutsche Kaserne in Aarhus ein großes "V" gemalt. Dieses Siegeszeichen der Alliierten hat sich im europäischen Untergrund

schnell verbreitet. Der "Zender Vrijbuiter" des BBC ist allen Holländern bekannt. H.B. Fortuin (1946) kommentiert von London aus regelmäßig das Geschehen in der besetzten Heimat. Er widmet ein langes Gedicht dem Buchstaben "V" und reimt - was die deutsche Übersetzung unzulänglich widergibt: "Freunde vorwärts, kämpft weiter, schreibt fortan V auf die Wände für Vaterland und Fürstenwort, für flammende Freiheitsfeuer!... Das V von Freiheit erscheint in Farbe am Viadukt. Der Schreiber verschwindet. Am besten geht's während der Verdunkelung... Vergeßt das V von Fremdling nicht, von Falschheit und Verrat..."

Auch in Heide macht sich eine kleine Gruppe daran, briefmarkengroße Zeichen mit dem Siegeszeichen überall an Wände oder Laternenpfosten zu kleben - keine spektakuläre Aktion. In erster Linie dient sie dazu, die Urheber der Aktion dichter zusammenzuschweißen und anderen Regimegegnern, die sich allein wähnen, Mut zu machen. Handgeschriebene Zettel werden von Hand zu Hand weitergereicht mit Aufrufen zum Arbeitsboykott, zum Krankfeiern und zur Rückkehr in die Heimat. Die Freunde Erwin Rehns kommen viel herum und treffen dabei auf Landsleute. Adrianus Bommer aus einem kleinen Dorf in Nordholland ist Kraftfahrer für eine Heider Baumaterialfirma. Hendrik Boef arbeitet bei einer Getränkefirma. Auch ihn führen die Fahrten mit dem Lieferwagen in die Umgebung Heides. Henk van den Bosch fährt für das Telegrafenbauamt den alten hartgummibereiften Bus, mit dem Heider SA-Männer 1938 nach Friedrichstadt gefahren waren, um ihren Teil am Judenpogrom zu leisten. Wirtjo Starke, der als Busfahrer für die Firma Jungjohann arbeitet, fährt regelmäßig seine Touren zur DEA in Hemmingstedt. Alle tragen dazu bei, daß sich in und um Heide ein loses Nachrichtennest bildet. Einer ist in dieser kleinen Gruppe, der nur mit Mühe von gewaltsamen Aktionen abgehalten werden kann. Es ist der Bohrmeister Nicolaas van Arkel, dessen Mutter aus Indonesien stammt und der voller Zorn erlebt, wie tausende von Malayen in Holland während des Arbeitseinsatzes für die deutschen Besatzer umkommen. Für ihn als erfahrenen Bohrmeister wäre die Beschaffung und Handhabung von Sprengstoff nicht schwierig. Die Bohrarbeiten begleiten häufige Pannen - wohl nicht immer ohne Absicht.

Auch der Schüler Erwin Rehn hilft bei der Weitergabe von Flugblättern. Der Fahrschüler, der die Mittelschule in Albersdorf besucht, nutzt seine Monatskarte einmal wöchentlich zu einem Abstecher nach Hohenwestedt, wohin seine niederländischen Kameraden nicht fahren dürfen, um dort seine Handzettel an einen Kurier weiterzugeben. Erwin scheint nicht über alle Kontakte seiner Freunde informiert gewesen zu sein. Zu seinem Erstaunen spricht den Jungen im Wartezimmer eines Facharztes in Itzehoe ein Holländer an, der sich als Mitglied des bereits erwähnten "Ordnungsdienstes" zu erkennen gibt und ihn darum bittet, als Bindeglied zu den Landsleuten in Heide zu fungieren.

Ganz sorglos arrangieren die Kameraden ihre Treffen. Der Junge lädt sogar zwei seiner Freunde nach Hause ein. Wie viele seiner Mitschüler ist Erwin Rehn oft in der Bahnhofsgegend und den dortigen Gaststätten anzutreffen: Der unregelmäßige Zugverkehr während der Kriegsjahre und der Schichtunterricht wegen des Lehrermangels sind die Gründe. Es gibt ein Foto des Schülers, das der Fahrer Wirtjo Starke an der Haltestelle des Busses nach Wesselburen von seinem häufigen Besucher gemacht hat. Mit seinen Gast-

stättenbesuchen in Gesellschaft von Ausländern und dem Rauchen in der öffentlichkeit fällt der Junge bald dem HJ-Streifendienst auf. Als er während einer der üblichen Sammelaktionen, zu denen die Klasse abkommandiert wird, eines der feindlichen Flugblätter behält und über den Inhalt zu diskutieren beginnt, ist das Maß im Sommer des Jahres 1942 voll. Erwin Rehn wird zur Polizeiwache bestellt und muß eine Buße von 20 Mark zahlen. Außerdem flattert per Post ein Verweis der Bannführung der HJ ins Haus:

"Du hast als bestätigter Rottenführer und Führer einer Kameradschaft Dich als Jugendlicher in Lokalitäten mit Holländern und Dänen aufgehalten anstatt Dich mit deutschen Kameraden abzugeben. Du hast ebenfalls durch vieles Rauchen gegen die Polizeiverordnung zum Schutze der Jugend verstoßen. Du hast ein feindliches Flugblatt weiterverbreitet anstatt dieses abzuliefern. Dein Verhalten in der öffentlichkeit war sehr schlecht. ... Erwirb Dir das Vertrauen Deiner Kameraden wieder!"

Vor der gesamten Gefolgschaft, die auf dem Schulhof der Mädchenbürgerschule angetreten ist, wird der Rottenführer degradiert. Die Achselklappen und die Armbinde werden von seinem Hemd gerissen. Alle Jungen werden dazu aufgefordert, die Gesellschaft des Degradierten künftig zu meiden.

Jetzt ist der Junge vorsichtiger. Handzettel werden künftig in der öffentlichkeit an etablierten Treffpunkten "verloren". Privatbesuche gibt es nur noch in der Unterkunft von Hendrik Boef, der in einem Hinterhof des Schuhmacherorts lebt. Die schäbige Unterkunft ist ihr Geld wert, man kann sie über mehrere Fluchtwege unauffällig verlassen. Der Junge macht jetzt Radiodienst. Sorgsam hört er regelmäßig die an die Holländer gerichteten Nachrichten des BBC am Gerät, dessen Abstimmknopf seit 1941 die Warnung ziert: "Denke daran! Das Abhören ausländischer Sender ist ein Verbrechen gegen die nationale Sicherheit unseres Volkes...". Noch heute weiß Erwin von den Details zu erzählen, die zu beachten waren. Wegen der geringeren Störanfälligkeit sucht er stets den nach Asien gerichteten Kurzwellensender auf dem 49, 41, 31 oder 25 Meterband. Die Nachrichten werden jeweils um 13.45 Uhr und um 19.45 Uhr ausgestrahlt. Wenn das verräterische Paukenzeichen des BBC verklungen ist, dreht der Junge den Lautsprecher voll auf. Eine gute Tarnung, wie er herausgefunden hat, denn niemand in der Nachbarschaft vermutet, daß jemand Auslandsnachrichten in solcher Lautstärke anhört. Ein kleiner Taschenkalender, der bei einer späteren Hausdurchsuchung nicht auffiel, zeugt heute noch von den Notizen des Schülers, der sich daraum bemüht, für den Kriegsverlauf wichtige Nachrichten aufzuschnappen. Da heißt es unter anderem "13 japanische Flugzeuge abgeschossen. Ostchina: Chinesen gehen vor, Tokio kann mit Flugzeugen angegriffen werden," "4000 Judenkinder sollen nach Deutschland gebracht und unfruchtbar gemacht werden," "Vichy hat insgesamt 60 000 Juden an Deutschland ausgeliefert," " In Rschew wehren sich die Deutschen mit dem Mut der Verzweifelung" und "Kassel von den Engländern vernichtet".

Insgesamt ist dies ein anschauliches Beispiel für eine Erscheinung, die den Beobachtern des Sicherheitsdienstes immer wieder zu schaffen macht. Sie bemerken, daß sich in den Kreisen der ausländischen Zwangsarbeiter die Nachrichten über den Verlauf des Krie-

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Hitler-Jugend

Der Führer des Bannes N.-Dithmarschen (86) Heide, den 31.8.1942.
als Dienststrafvorgesetzter

Waldschlößchenstr. 81.

Aktenzeichen:

Strafbescheid

In dem Dienststrafverfahren

gegen: Erwin Rehn,

wohnhaft: Heide, Markt 53,

geboren am: 23.2.27,

HJ-Eintritt: 20.4.37,

HJ-Mitgliedsnummer:,

Dienstrang: Rottenführer,

Dienststellung: Kameradschaftsführer,

verfüge ich auf Grund der Dienststrafordnung der Hitler-Jugend vom 2. April 1940:

Der Jg. Rehn erhält hiermit einen verschärften Verweis.

Begründung:

Du hast als bestätigter Rottenführer und Führer einer Kameradschaft Dich als Jugendlicher in Lokalitäten mit Holländern und Dänen aufgehalten anstatt Dich mit deutschen Kameraden abzugeben. Du hast ebenfalls durch vieles Rauchen gegen die Polizeiverordnung zum Schütze der Jugend verstossen. Du hast ein feindliches Flugblatt weiterverbreitet anstatt dieses abzuliefern. Dein Verhalten in der Öffentlichkeit war sehr schlecht. Dein Verhalten gegenüber HJ.-Führern war ebenfalls sehr schlecht. Du hast hierfür eine Polizeistrafe von 20,00 RM erhalten. Obgleich diese Strafe an sich zu gering ist, dürfte das für Dich eine Warnung sein. Ich will Dir hierdurch Gelegenheit geben, zu zeigen, dass Du das Verwerfliche Deiner Tat einsiehst und in Zukunft eine tadellose Haltung innerhalb der Volksgemeinschaft an den Tag legst. Erwirb Dir das Vertrauen Deiner Kameraden wieder !
Du hast am nächsten Gefolgschaftsdienst teilzunehmen.

Der [illegible]-Führer des Bannes Norderdithmarschen (8
(Wenden)

Sund

Im Sommer 1942 fällt Erwin Rehn erstmals der Polizei auf. Seine Kontakte zu Ausländern werden ebenfalls von der Bannführung der Hitler-Jugend beanstandet.

ges bereits wie ein Lauffeuer verbreitet haben, noch bevor offizielle Reichssender davon berichten. Es ist anzunehmen, daß das Abhören ausländischer Sender und die schnelle, mündliche Weitergabe der Meldungen unter den verschiedenen Ausländergruppen sehr verbreitet war. Immerhin war die Hoffnung auf ein baldiges Kriegsende und die damit verbundene Heimkehr das einzige Mittel, den Zwangsarbeiteralltag in Deutschland erträglicher zu machen.

Die Angst und die Anspannung, die der Junge erlebt, weil er seit dem Vorfall im Sommer unter Polizeiaufsicht steht, muß beträchtlich gewesen sein. Seine Schulleistungen sinken erheblich. Die letzte Eintragung im Taschenkalender des Jungen, der keineswegs in einem religiösen Milieu aufgewachsem ist, bezieht sich auf einen Bibelvers. Die Quelle - Psalm 27, Vers 11 - hat er sorgfältig notiert: "Herr, zeige mir deine Wege und führe mich auf rechter Bahn."

Henk van den Bosch, der Deutschland gegen Ende 1942 verläßt, muß sich um den gefährdeten Jungen große Sorgen gemacht haben. Er schickt ihm einen Urlaubsschein, in dem die Reisedaten gelöscht wurden und nach Bedarf wieder neu eingetragen werden können. Mit diesem Urlaubsschein soll Erwin Rehn notfalls die holländische Grenze überschreiten. Außerdem gibt Henk dem 16jährigen den Rat, sich im Bedarfsfall an seine Frau zu wenden, die nahe der holländischen Grenze in Dorsten, Westfalen, arbeitet.

Um die Jahreswende 1942/43 - die Niederlage von Stalingrad wird immer deutlicher - macht der Junge einen tollkühnen Fehler. Ein Mitschüler wendet sich an Erwin Rehn um Rat. Was man denn gegen ein Regime unternehmen knne, das Deutschland in diese schlimme Situation gebracht habe, lautet seine Frage. Erwin Rehn ist froh über diesen mglichen Mitstreiter aus den Reihen seiner Altersgenossen. Sein Vorschlag: Man könne ja jene Kreise unterstützen, die sich bereits seit längerem gegen die braunen Machthaber wehrten, nämlich die Ausländer. Gemeinsam machen sich die Beiden ans Werk. Anstelle der handgeschriebenen Zettel soll jetzt ein Aufruf zum Arbeitsboykott mit der Maschine geschrieben und nach allen Regeln der Kunst vervielfältigt werden. Der Flugblattentwurf erweist sich als fehlerhaft. Er landet im Abfallbehälter im Keller der Schule, wo das Altpapier verbrannt wird.

Erwin Rehn, der Ende Februar für ein Vorstellungsgespräch beim Norddeutschen Lloyd in Bremen beurlaubt worden war, stellt bei seiner Rückkehr in die Schule fest, daß die Klasse um den Flugblattentwurf weiß. Der Klassenlehrer und kommissarische Schulleiter teilt dem Jungen mit, daß der Mitschüler bereits alles zugegeben habe, und daß sich jetzt wohl berufenere Kräfte um ihn kümmern würden. Die Klasse wird entlassen und Erwin Rehn bemerkt, daß alle Mitschüler vor der Schule auf ihn warten. Ein Freund hatte ihm noch zuflüstern können, man wolle ihn totschlagen. So bittet er die im Schulgebäude wohnende Frau des zur Front eingezogenen Schuldirektors, ihn für eine Weile zu verstecken. Auf vielen Umwegen kehrt der Junge schließlich in die elterliche Wohnung zurück.

Diese Rekonstruktion der Ereignisse durch Erwin Rehn selbst kann durch einige Fakten aus der Sicht eines Mitschülers ergänzt werden, von dem Erwin Rehn vermutet, er habe ihn gemeinsam mit zwei

Kameraden aus Heide angezeigt. Der mutmaßliche Denunziant formuliert vorsichtig. Von dem Zettel, der im Keller gefunden wurde, habe er nichts gewußt, aber daß Erwin Rehn häufig mit Ausländern zusammengewesen wäre, das sei in Heide bekannt gewesen. Tatsächlich habe man den Mitschüler der Prozedur der "Klassenkeile" unterwerfen wollen. Als er nicht auftauchte, habe man vermutet, er sei zu Fuß nach Heide gelaufen. Darum habe man beschlossen, gemeinsam in Heide zur Polizei zu gehen und ihn anzuzeigen. Unabhängig hiervon muß auch der Klassenlehrer die Gestapo benachrichtigt haben, denn am 2. März 1943, als der Junge noch auf freiem Fuß ist, heißt es im Verzeichnis der Schulabgänge "wegen staatsfeindlicher Umtriebe von der Geh. Staatspolizei verhaftet." Am 4. März geht den Eltern die Endabrechnung für das noch zu zahlende Schulgeld zu.

An jenem 2. März, dem Tag nach dem eben geschilderten Zwischenfall an der Schule, macht sich Erwin Rehn morgens wie gewohnt auf den Weg zum Bahnhof, wird jedoch unterwegs von einem ihm unbekannten Ausländer vor der Fahrt nach Albersdorf gewarnt und erhält den Rat, sich in vier Tagen in Bremen an bereits informierte Fluchthelfer zu wenden. Der Junge kehrt nach Hause zurück - die Eltern sind inzwischen zur Arbeit gegangen - räumt seine Spardose aus und packt einen kleinen Koffer mit dem Notwendigsten.

Die Zeit bis zum Treffen in Bremen verbringt er im Elternhaus einer Freundin in einem Dorf bei Peine. Die Arbeiterfamilie zeigt Verständnis, Fragen werden nicht gestellt. In Bremen erfährt Erwin Rehn, daß er während des regen morgendlichen Berufsverkehrs die Grenze bei Nieuwe Schanz überschreiten soll. Wartend verbringt der Junge die Nacht an einem Feldweg bei Bünde. Er vergißt seine Uhr aufzuziehen, verschätzt sich in der Zeit und läuft morgens um sechs Uhr einer Grenzpatrouille in die Hände. Nach einer Anfrage in Heide, die in der Antwort "Rückkehr unerwünscht" resultiert, wird dem Jungen, den die Bremer Polizei zunächst für einen harmlosen Ausreißer mit Schulsorgen gehalten hatte, der Schutzhaftbefehl vorgelesen.

Wochenlang wird Erwin Rehn verhört. Man will Näheres über seine Kameraden in Erfahrung bringen. Von Bremen aus bringt man ihn über Hamburg nach Kiel, verschiedene Eintragungen in Haftbüchern zeugen von diesen Stationen. Zweimal kommt es zum Ortstermin in Heide. Die Gestapobeamten lassen es an allerlei Quälereien nicht mangeln. Zweimal werden prügelnde SS-Leute auf den Jungen losgelassen. In Heide bricht ihm der Verhörende das Nasenbein. Die Handfesseln werden dem Gefangenen nie abgenommen und wochenlang schwebt die Drohung der Todesstrafe über dem Häftling, bis er schließlich Ende Mai 1943 nach mehrwöchigem Aufenthalt im Jugendgefängnis Neumünster nach Moringen gebracht wird, wo er als Lagerzögling Nummer 933 und Zwangsarbeiter für die Rüstungsindustrie die Zeit bis zum Kriegsende verbringen wird.

Es gibt drei schriftliche Quellen, die jede auf ihre Weise die Verhaftung des Heiders belegen. In einem Brief an den "Herrn Jugendrichter, Kiel", von dem eine Durchschrift erhalten ist, schreibt die Mutter:" Mein Sohn Erwin Rehn... soll in der Schule den Mitschülern gegenüber allerlei dummes Gerede geführt haben und hat darauf am 2. März sein Elternhaus heimlich verlassen." Auch im "Heider Anzeiger", der lokalen Tageszeitung, wird die

SS-Sonderlager (Jugendschutzlager)
Moringen

Zöglings-Eigentumsverwaltung

Eff.-Nr. 933

Effekten-Verzeichnis

für den 7. -Zögling Rehm Fritz

Zögl.-Nr. 933 geb. am 23.2.27 zu Freiburg

1 Hüte	1 P. Schuhe SS	Drehstifte	Wehrpaß
Mützen	P. Stiefel	Brillen	Reisepässe
1 Mäntel	P. St. Gamaschen Ldr.	Bücher	Führerscheine
Röcke	P. Hausschuhe	Aktentaschen	Mitgl.-Bücher
Westen	P. Handschuhe	Geldbörsen	Pfandscheine
1 Hosen	Handtücher	1 Brieftaschen	Div. Papiere
1 Pullover	1 Schals	Inv.-Karten	1 Ringe
Strickwesten	Scheren	Steuerkarten	Uhren (W)
1 Hemden	Messer	Stempelkarten	Uhrketten (W)
1 Unterhemden	Schlüssel	Urlaubskarten	Jig.-Etuis (W)
1 Unterhosen	Füller	Arbeitsbuch	
1 P. Socken	1 1 1 1 1	Wanderbuch	

Ins Lager mitgehalten: Bargeld RM ..... / Ehering .....

Betrag über RM ..... deponiert: Der Geldverwalter.

Ich erkenne obige Eintragung als richtig an

Zögling.

Zugang:

am: 27.5.43

Für die Richtigkeit:
Zöglings-Eigentumsverwaltung:

Ich bestätige den Empfang meiner oben angegebenen Effekten:

Zögling.

Abgang:

am:

Für die Richtigkeit:
Zöglings-Eigentumsverwaltung:

Bemerkungen:

Endstation Moringen: Das Effektenverzeichnis zeugt von der Einweisung des Heiders in das "Jugendschutzlager" am 27. Mai. 1943.

Verhaftung am 13. März erwähnt: "Ein jugendlicher Ausreißer aus Heide, der noch die Schule besuchte und nach seinen Angaben ins Ausland wollte, wurde von der Polizei in Bremen festgenommen. Für ihn wird sich die Geheime Staatspolizei interessieren." Ausführlich scheinen die Ermittlungen der Gestapo in einen Strafbescheid des HJ-Gerichts der Hitler-Jugend Nordmark vom 16. Juni 1943 eingegangen zu sein. Hier heißt es:

"Rehn befaßte sich während seiner Schulzeit in Albersdorf sehr intensiv mit dem Erlernen von Fremdsprachen. Insbesondere interessierte R. sich für die englische, dänische und holländische Sprache, wozu er auch besonders gute Fähigkeiten besaß. Ungefähr im Juni 1940 wurde eine Anzahl Dänen als Arbeiter in die Umgegend von Heide verpflichtet. Sie wurden bei dem Bau der Ölleitung von Hemmingstedt nach Schafstedt zum Kanal eingesetzt. Rehn sah dieses als eine willkommene Gelegenheit an, seine Sprachkenntnisse im dänischen zu vervollständigen. Als dort ebenfalls Holländer zur Arbeitsleistung herangezogen wurden, freundete Rehn sich auch mit diesen an. ... Er kam vollkommen unter den Einfluss von deutschfeindlichen Elementen und verfolgte ihre Ideenrichtung selbst mit größtem Eifer...

Rehn besorgte sich von dem Holländer Bosch einen Urlaubsschein. ... Er hatte sich ebenfalls mit Bosch in Holland verabredet. Beide wollten versuchen, von Holland nach England zu kommen. In England wollten sie sich den Verhältnissen anpassen und evt. auch englische Soldaten werden. Bosch war im Besitze von drei englischen Trommelrevolvern, die aus holländischem Heeresbesitz stammen. Rehn hat durch staatsschädigende Umtriebe in Gemeinschaft mit Ausländern, Verbreitung von Feindflugschriften sowie beabsichtigte Landesflucht mit dem Ziele der Einreihung in die gegnerische Front heimtückischen Verrat an Volk und Vaterland geübt und sich so aus der Gemeinschaft ausgeschlossen. Rehn ist am 26.5.1943 in das Jugendschutzlager Moringen eingewiesen worden."

Der Urlaubsschein liefert eine deutliche Spur nach Apeldoorn. Es gibt zwar keine schriftliche Zeugnisse für diesbezügliche Ermittlungen, Erkundigungen haben jedoch ergeben, daß Henk van den Bosch ebenfalls im Frühjahr 1943 verhaftet wurde und bis zum Kriegsende im Konzentrationslager Amersfoort, das erst im Mai 1945 von den Alliierten befreit wurde, blieb. Die Jahre im KZ müssen den Holländer lebenslänglich gezeichnet haben. Seine Frau zeigt noch heute deutliche Spuren der nervlichen Anspannung, die der ständige Umgang mit dem Kranken mit sich brachte. Henk van den Bosch starb im Jahr 1984.

Keine Spuren haben die Gestapo zu Adrianus Bommer oder Wirtjo Starke geführt, der noch im Jahr 1943 nach seiner Rückkehr nach Holland an den Jungen geschrieben hat. Seine Warnung, sich nicht im Alleingang gegen die übermächtigen Nationalsozialisten zu versuchen, hat den Jungen nicht mehr erreicht, ist aber auch offensichtlich keinem Zensor aufgefallen. Auch Hendrik Boef muß es mit viel Geschick gelungen sein, sich bis zum Kriegsende in Heide zu halten. Dabei muß sein prominenter Arbeitgeber Adolf Lorenzen, der als emsiger Parteifunktionär auf seinen holländischen Arbeiter nicht verzichten konnte, eine wichtige Rolle gespielt haben. In Hendrik Boefs Akte ist auch kein Vermerk über seine deutsche

Freundin zu finden. Diese wird, wie sie persönlich berichtet, zum Polizeirevier bestellt, wo man sie beschimpft und ermahnt, sich nicht länger mit Ausländern abzugeben, obwohl im Prinzip der Umgang deutscher Frauen mit den "germanischen" Arbeitern nicht verboten ist. Vom Oktober 1942 bis zum Kriegsende kann Hendrik Boef als Meister im Organisieren von Lebensmitteln vielen seiner Landsleute helfen. Die andauernde Anspannung jener Kriegsjahre muß sich nachhaltig auf das Nervenkostüm des Holländers ausgewirkt haben. Nach dem Krieg leidet er unter immer stärker werdendem Verfolgungswahn und stirbt schließlich an den Folgen seiner Tablettensucht, wie seine Witwe, die heute in Holland lebende Heiderin, zu erzählen weiß.

Ob die Ermittler der Gestapo auch dem Bohrmeister Nicolaas van Arkel auf die Schliche kamen, konnte bislang nicht geklärt werden. Immerhin waren die Besuche Erwin Rehns am Markt 74 im Gästebuch der DEA-Verwaltung registriert. Die städtische Personalakte des Bohrmeisters trägt den Vermerk: "Van Arkel ist am 17.6.43 nach Neusiedl/Ostmark zur Abmeldung gelangt."

Er reist nicht allein. Die Akte eines Kollegen, des Bohrmeisters Petrus Engelen, trägt einen identischen Vermerk. Beide waren vor ihre Rekrutierung zur DEA im Sommer 1942 gemeinsam in Wietze bei Celle ebenfalls in einem Raffineriebetrieb beschäftigt gewesen. Eine ehemalige Zimmerwirtin aus Celle - die Witwe muß sich aufgrund einiger gemeinsamer Kinobesuche unrealistische Hoffnungen gemacht haben - zeigt Engelen wegen Heiratsschwindels an, und der Holländer erhält eine Vorladung der Heider Polizei.

Möglicherweise haben sich beide Holländer weiteren polizeilichen Nachforschungen durch diesen Umzug nach Neusiedl an der Zaya entziehen wollen. Der Verdacht ist allerdings nicht von der Hand zu weisen, daß der Einsatz in einem der zahlreichen erdölfördernden Betriebe rund um Zistersdorf eventuell sogar eine Strafmaßnahme war, denn hier gab es ein Außenlager des Konzentrationslager Mauthausen. Melderegister - beispielsweise das Einwohnerregister von Neusiedl - haben die Kriegsjahre nicht überstanden, wie Erkundigen ergeben haben. So kann der Aufenthalt der beiden Holländer in Österreich nicht belegt werden. Die Nachkriegsbiographien Beider zeugen allerdings davon, daß die Erfahrungen der Kriegsjahre in ihrem Leben einschneidende Spuren hinterlassen haben. Petrus Engelen stirbt 1954 in Den Haag frühzeitig im Alter von 41 Jahren. Nicolaas van Arkel wandert 1948 nach Indonesien aus.

Soweit die alles andere als lückenlose Rekonstruktion des Lebens ausländischer Arbeiter in der norddeutschen Kleinstadt Heide. Die Massenquartiere waren im ganzen Stadtgebiet verbreitet und nicht zu übersehen. Die bewachten Kriegsgefangenentrupps, denen es verboten war, den Gehweg zu benutzen, müssen jedem Zeitgenossen aufgefallen sein. Und polnische Landarbeiter waren im Umland eine Selbstverständlichkeit. Trotzdem haben die Ausländer in den Erinnerungsberichten von Zeitzeugen keinen Platz. Angesichts der eigenen Leiden während der Kriegsjahre hat man keine Augen gehabt für die Not anderer, schon gar nicht, wenn sich diese Not auf Heimweh oder verletzten Stolz beschränkte. Auch in den Selbstdarstellungen der alteingesessenen Heider Firmen finden die einstigen ausländischen Arbeiter keine Erwähnung. Wenn man Zeitzeugen-

berichten jener Jahre Glauben schenken kann, so haben ausländische Fachkräfte die spektakulären Förderleistungen der DEA während des Krieges überhaupt erst möglich gemacht. Spezialisten vieler klassischer Erdölgebiete sind in den Heider Meldeakten zu finden. Neben den Holländern stammen Bohrmeister aus dem heutigen Iran oder der Sowjetrepublik Turkestan. Die spannende Geschichte der Erdölförderung in Dithmarschen, wo schwierige Bodenverhältnisse die Bohrarbeiten komplizieren, wäre erst noch zu schreiben.

Im Ausland erinnert man sich noch gut an jene Jahre der Demütigung durch den Feind. Während der Recherchen vor Ort war immer wieder erstaunlich, wie schnell die alten Arbeitspapiere mit den Hakenkreuzstempeln aus irgendeiner Schublade im Wohnzimmerschrank hervorgeholt werden konnten. Eifrig fragte man nach dem Schicksal jener Arbeitgeber, die sich als gutmütig und hilfsbereit erwiesen hatten. Es gibt eine Reihe von Beispielen für Besuche einstiger Fremdarbeiter im Heide der Nachkriegszeit. Ein Landwirt aus österfeld weiß von ehemaligen französischen Kriegsgefangenen zu berichten, die von sich aus in den vergangenen Jahren den Kontakt zu den Bauern hinter dem Eiderdeich wieder aufgenommen haben. Trotzdem überwiegt das Negative, wenn es um Erinnerungen an die Kriegsjahre geht. Durch ein Gespräch tief aufgewühlt, verweigerte eine Betroffene in einem späteren Brief alle weiteren Auskünfte mit der Begründung: "Ich habe nach Ihrem Besuch wieder tagelang in der Vergangenheit gelebt. Ich hatte alles ein bißchen vergessen und möchte auch weiterhin nicht mehr daran erinnert werden."

Hinzu kommt, daß den damals zwangsverpflichteten Ausländern in ihren Heimatländern auch heute noch der Hauch der Kollaboration anhaftet. Die ehemaligen Deportierten mit ihren einflußreichen Organisationen, die sich mit Recht auf ihren entschiedenen Widerstand gegen Hitler berufen, wahren Distanz zu jenen Landsleuten, die mit ihrer Arbeitskraft den Feind unterstützten.

Ganz vereinzelt trifft man in Dithmarschen noch auf Opfer der Massenverschleppungen jener Jahre, die nicht in ihre Heimat zurückgekehrt sind und über die kaum jemand ein Wort verliert: Viele Osteuropäer, die nach Deutschland verschleppt worden waren, gerieten bei Kriegsende erneut zwischen die Mühlsteine der großen Politik. Die Rückkehr in eine Heimat unter stalinistischer Zwangsherrschaft war für manchen lebensgefährlich. Die Verfasserin ist im Verlauf ihrer Recherchen in Heide zufällig von einem jener traurigen Schicksale erfahren, das wohl als Beispiel für viele andere gelten kann. Dieser Lebenslauf sei hier kurz zusammengefaßt: Der heute siebzigjährige gebürtige Ukrainer geriet in deutsche Kriegsgefangenschaft, wo er sich, erschreckt durch das Massensterben unter seinen Landsleute für die Wlassow-Armee anwerben ließ. Als Kollaborateur hatte er allen Grund, vor einer Repatriierung Angst zu haben. Er versteckte sich gegen Kriegsende bei einem Dithmarscher Bauern, für den er jahrelang Schwerstarbeit leistete. Er hat nie versucht, noch lebende Angehörige aufzuspüren. Der einstige Absolvent einer Pädagogischen Hochschule, dessen Äußeres heute völlig durch die schwere Landarbeit geprägt ist, lebt ganz allein. Die Zeit vertreibt er sich mit der Lektüre von Lehrbüchern der Physik, andere Bücher kann er nur mit Hilfe eines Wörterbuches verstehen. Mit kaum nachvollziehbarer Mühe hat der einstige Bauernknecht schließlich die Mittel für den Erwerb eines Hauses aufgebracht. Erst als er eine feste Bleibe nachwei-

sen konnte, wurde dem Mann 1985 nach vielen vergeblichen Versuchen die deutsche Staatsangehörigkeit verliehen.

Literaturhinweise

Boberach, H. (Hg.), 1984. Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938-1945. 17 Bde. Herrsching.

Chronik der Firma J.& H. Gehlsen 1798-1973. Heide/Holst. 1973.

Craven, W.F, Cate J.L. (Hg.), 1951. The Army Air Forces in World War II. Vol.3. Europe: Argument to V-E Day. January 1944 to May 1945. Chicago.

Fortuin, H.B., 1946. En nu hoort u Vrijbuiter... Rijmen en praatjes uit de engelsche radio tijdens de oorlogsjaren dor vrijbuiter en Hendrik de Prater. Amsterdam.

Graeser, H., 1983. Erdöl in Schleswig-Holstein. Der Minister für Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein. Heft 16. Kiel. S.3-8.

Herbert, Ulrich, 1986. Fremdarbeiter. Politik und Praxis des "Ausländer-Einsatzes" in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches. Berlin, Bonn.

In't Veld, N.K.C.A.(Hg.) 1976. De SS en Nederland. Documenten uit SS-Archieven 1935-1945. Band II. s'Gravenhage.

Nissen, N.R. (Hg.), 1988. Menschen Monarchen Maschinen. Landarbeiter in Dithmarschen. Heide.

Rehbein, F., 1973. Das Leben eines Landarbeiters. Jena. Nachdruck der Originalausgabe, Darmstadt.

Schwarz, R., 1985. Die Lager: Suche und Ergebnis. In: Verschleppt zur Sklavenarbeit. Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter in Schleswig-Holstein. G. Hoch und R. Schwarz (Hg.) Alveslohe und Nützen. S. 149-190.

Sijes, B.A., 1966. De Arbeidsinzet. De gedwongen Arbeid van Nederlanders in Duitsland, 1940-1945. s'Gravenhage. S.655-697.

Straede, T., 1986. Dänische Fremdarbeiter in Deutschland während des Zweiten Weltkrieges. Zeitgeschichte 11/12. S.397-415.

Tivoli, 1966: 100 Jahre Konzert- und Ballhaus Tivoli. Heide in Holstein.

Quellen

Justizministerium Brüssel: Mod. 96 Norderdithmarschen; Bundesarchiv Koblenz: BA 70 Niederlande/34; Z 42 IV 4358; Militärarchiv

Freiburg: RW5/314 Bl.8; Schleswig-Holsteinisches Landesarchiv: SHLA 301/6213;309/69b, 104, 118a; Stadtarchiv Heide: Ausländerakten (620-643), Kriegswirtschaft (1760d), Bildarchiv (BII3), Kriegsgräber; Privatbesitz Erwin Rehn: Strafbescheid der HJ 31.8.1942, Strafbescheid des HJ-Gerichts 16.6.1943, Effektenverzeichnis des SS-Sonderlagers (Jugendschutzlager) Moringen.

Diese Arbeit entstand im Rahmen einer anderhalbjährigen Förderung durch die Straßmann-Stiftung in der Friedrich-Ebert-Stiftung.

II: BERICHTE

II.1: 1963 zweifelhafter "Freispruch" für Schlegelberger: Kieler Staatsanwaltschaft kannte die Akten gar nicht. Neue Vorwürfe gegen Ex-Minister.

Die neuen Ermittlungen gegen DRK-Präsident Hartwig Schlegelberger (CDU), der im Krieg Marinerichter war, haben die Kieler Staatsanwaltschaft ins Zwielicht gebracht. Sie nahm, ohne die einschlägigen Akten zu kennen, den damaligen Finanzminister 1963 gegen den Vorwurf in Schutz, er habe als Richter an grausamen Urteilen gegen Soldaten mitgewirkt. Nicht einmal die Aufhebung seiner Immunität hielt sie für nötig, ein Ermittlungsverfahren schon gar nicht. Der damalige Ministerpräsident Helmut Lemke (CDU), der selbst nicht ohne Schrammen aus der Nazi-Zeit hervorgegangen war, machte Schlegelberger nach dem "Freispruch" durch die Staatsanwaltschaft zum Innenminister und stellvertretenden Regierungschef.

Für die SPD-Landtagsfraktion ist die damalige Handlungsweise der Staatsanwaltschaft, die vom Staatssekretär im Justizministerium, Uwe Jensen, bestätigt wurde, "eine unverantwortliche Schluderei". Die justizpolitische Sprecherin der Fraktion, Gabriele Kötschau, sprach von einem "eklatanten Fall parteipolitischer Ermittlungen". Mit Vorgehensweisen dieser Art gehe immer auch ein Stück Vertrauen in die Justiz verloren.

Gegen Schlegelberger war erstmals im November 1961 Anzeige wegen Anstiftung zum Mord erstattet worden. Der Göttinger Strafverteidiger Fritz Passow warf ihm vor, gegen seinen Mandanten Robert Teuber 1944 als Anklagevertreter vor dem Marinekriegsgericht widerrechtlich die Todesstrafe gefordert zu haben. Der damalige oberste Kieler Staatsanwalt Ernst Thamm bestätigte den Eingang der Strafanzeige, aber anstatt alle 147 Schlegelberger-Fälle zu untersuchen, von denen es noch Akten gibt, beschränkte er sich auf den Fall Teuber und einen weiteren, inzwischen bekanntgewordenen Fall, der unter dem Namen Minkowsky in die Justizgeschichte eingegangen ist. Die im Bundesarchiv in Kornelimünster bei Aachen noch ruhenden Marinekriegsgerichtsakten blieben unangetastet.

Der Brief an Lemke, mit dem Thamm nach Abschluß seiner Recherchen Schlegelberger reinwaschen wollte, war das Papier nicht wert, auf